



BLINDBILD

Kooperation in der Führungsaufsicht

Runde Tische und polizeiliche Flankierungsprogramme

DBH-Tagung, Kassel

25. Februar 2013



Forschungsvorhaben zur Evaluation der Führungsaufsicht

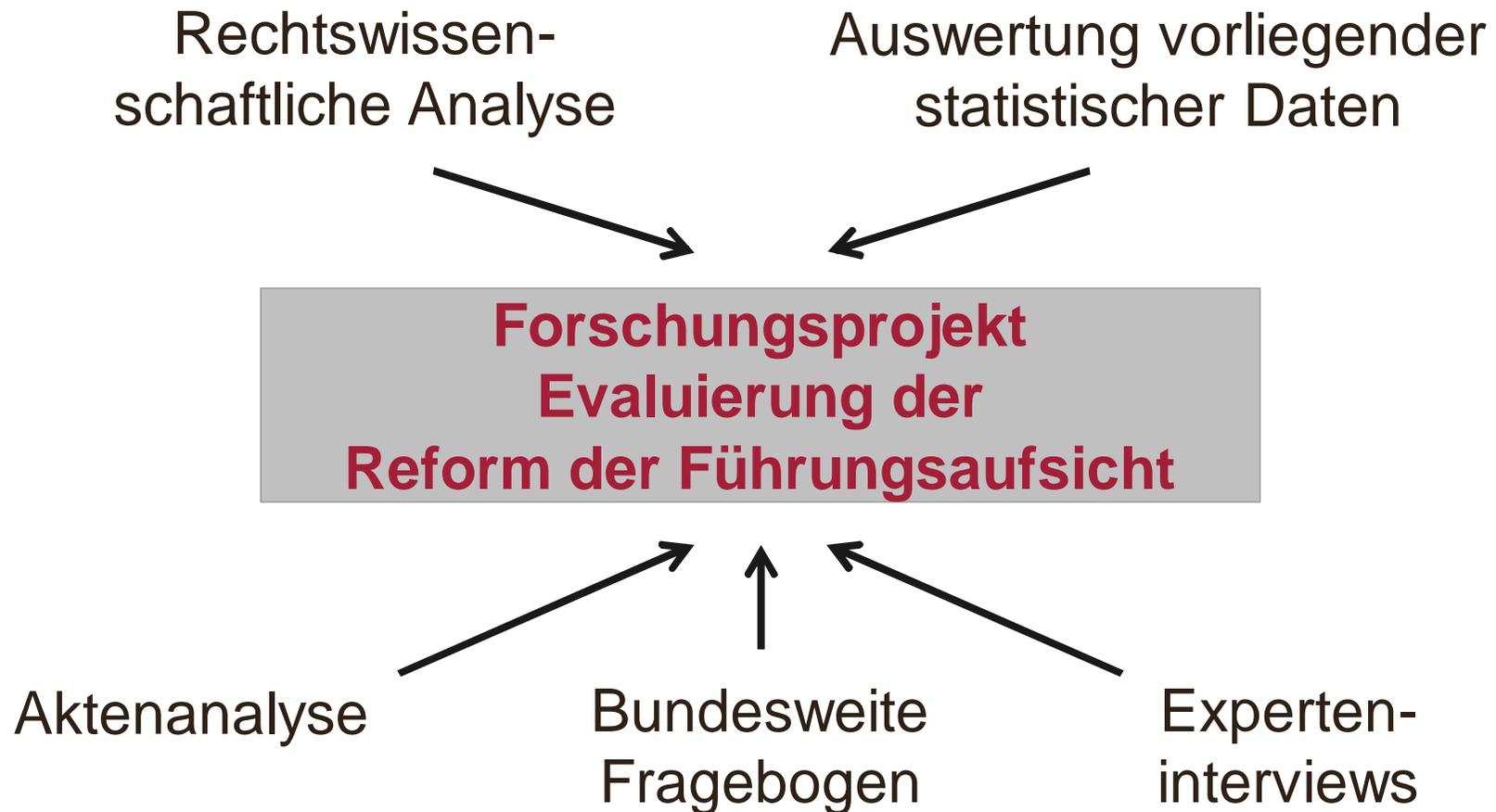


Ziele des Forschungsvorhabens zur Führungsaufsicht

- Zusammenschau rechtstatsächlicher und rechtsdogmatischer Erkenntnisse zur Führungsaufsicht
- unter Einbeziehung ausgewählter rechtsvergleichender Befunde,
- um einen Überblick über die Wirkungsweise der reformierten Führungsaufsicht herzustellen
- und dadurch etwaigen Verbesserungsbedarf aufzuzeigen und rechtspolitische Schlussfolgerungen zu ermöglichen.



Forschungsvorhaben: Evaluation der Führungsaufsicht





Rücklauf:

- Führungsaufsichtsstellen (Vollerhebung): 81,2%
- Bewährungshilfe: 73,6%
- StVK (alle deutschen Landgerichte): 65,5%
- forensische Ambulanzen (Vollerhebung): 72,5%
- Maßregelvollzug (Vollerhebung) 35,4%



Normative Konzeption der Führungsaufsicht



Normative Konzeption der Führungsaufsicht

1. Entwicklung der Führungsaufsicht

- Polizeiaufsicht (1871-1975)
- Reformbemühungen der Großen Strafrechtskommission
- Schaffung der Führungsaufsicht 1974
- Führungsaufsichtsreform 2007
- Führungsaufsichtsreform 2011



Normative Konzeption der Führungsaufsicht

2. Doppelfunktion der Führungsaufsicht

- **Besserung**
 - Betreuung
 - Behandlung

- **Sicherung**
 - Überwachung (Aufsicht)
 - Kontrolle
 - Sicherung im engeren Sinne



Normative Konzeption der Führungsaufsicht

3. Eintrittsgründe der Führungsaufsicht

- kraft richterlicher Anordnung, wenn das Gesetz dies besonders vorsieht (§ 68 Abs. 1 StGB)

- kraft Gesetz (§ 68 Abs. 2 StGB)
 - insbesondere bei „Vollverbüßern“ (§ 68f StGB)
 - nach Aussetzung etc. stationärer Maßregeln



Normative Konzeption der Führungsaufsicht

4. Handlungsmöglichkeiten

Führungsaufsicht als Handlungsangebot – Prinzip der rechtlichen Offenheit der Führungsaufsicht

- kaum Selektion durch Eintrittsgründe
- Vielzahl von Maßnahmen



Normative Konzeption der Führungsaufsicht

5. Organisatorische Umsetzung (Kern-Akteure)

Verlagerung der unterschiedlichen Funktionen auf verschiedene Kern-Akteure:

- Bewährungshilfe
- Forensische Ambulanz
- Führungsaufsichtsstelle
- Gericht



Normative Konzeption der Führungsaufsicht

5. Organisatorische Umsetzung (Neben-Akteure)

keine Abgrenzung gegenüber strafrechtsexternen Akteuren möglich – Prinzip der sozialen Offenheit der Führungsaufsicht

- allgemeinsoziale Akteure
- Polizei



Führungsaufsichtstypen

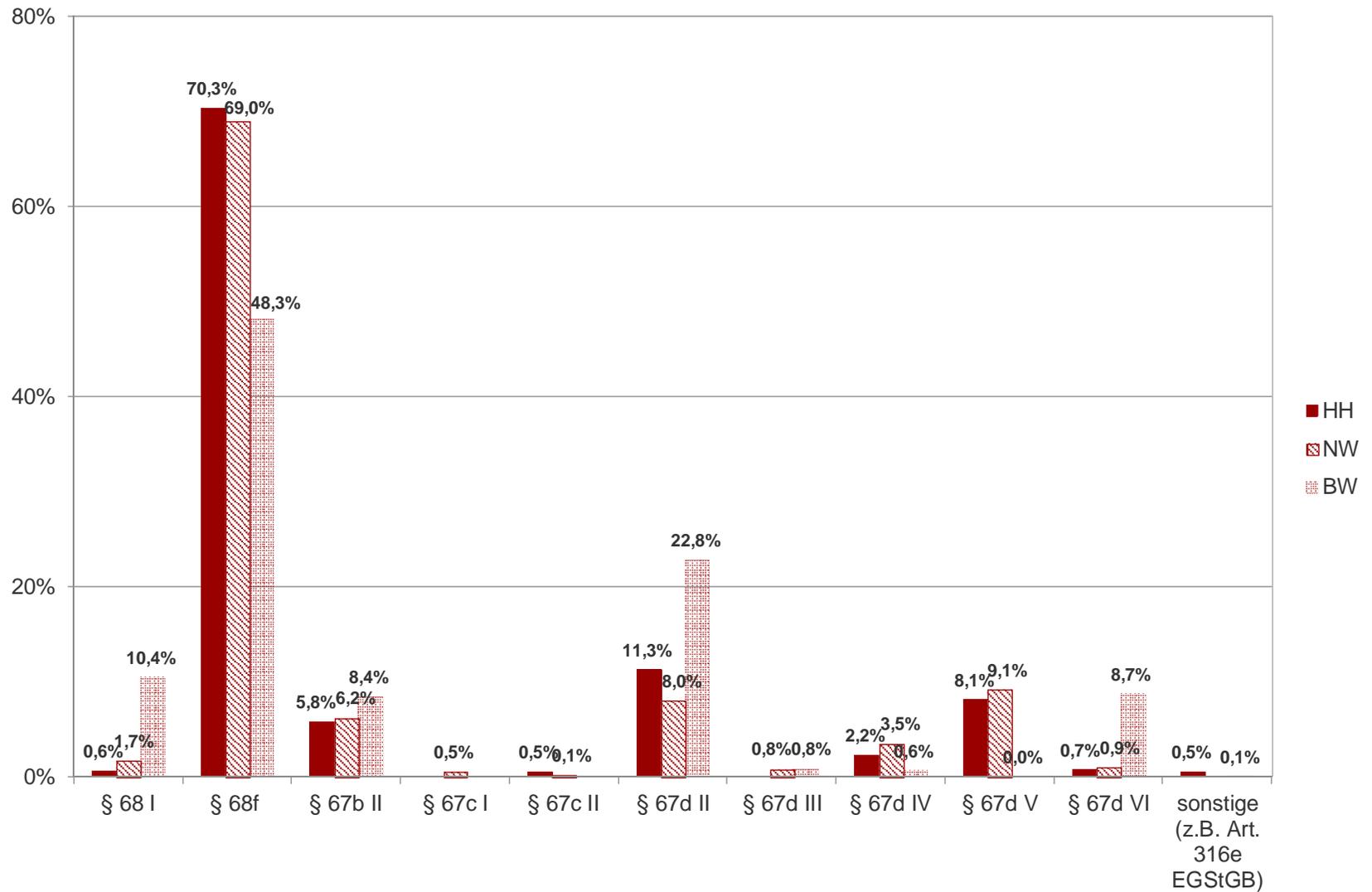


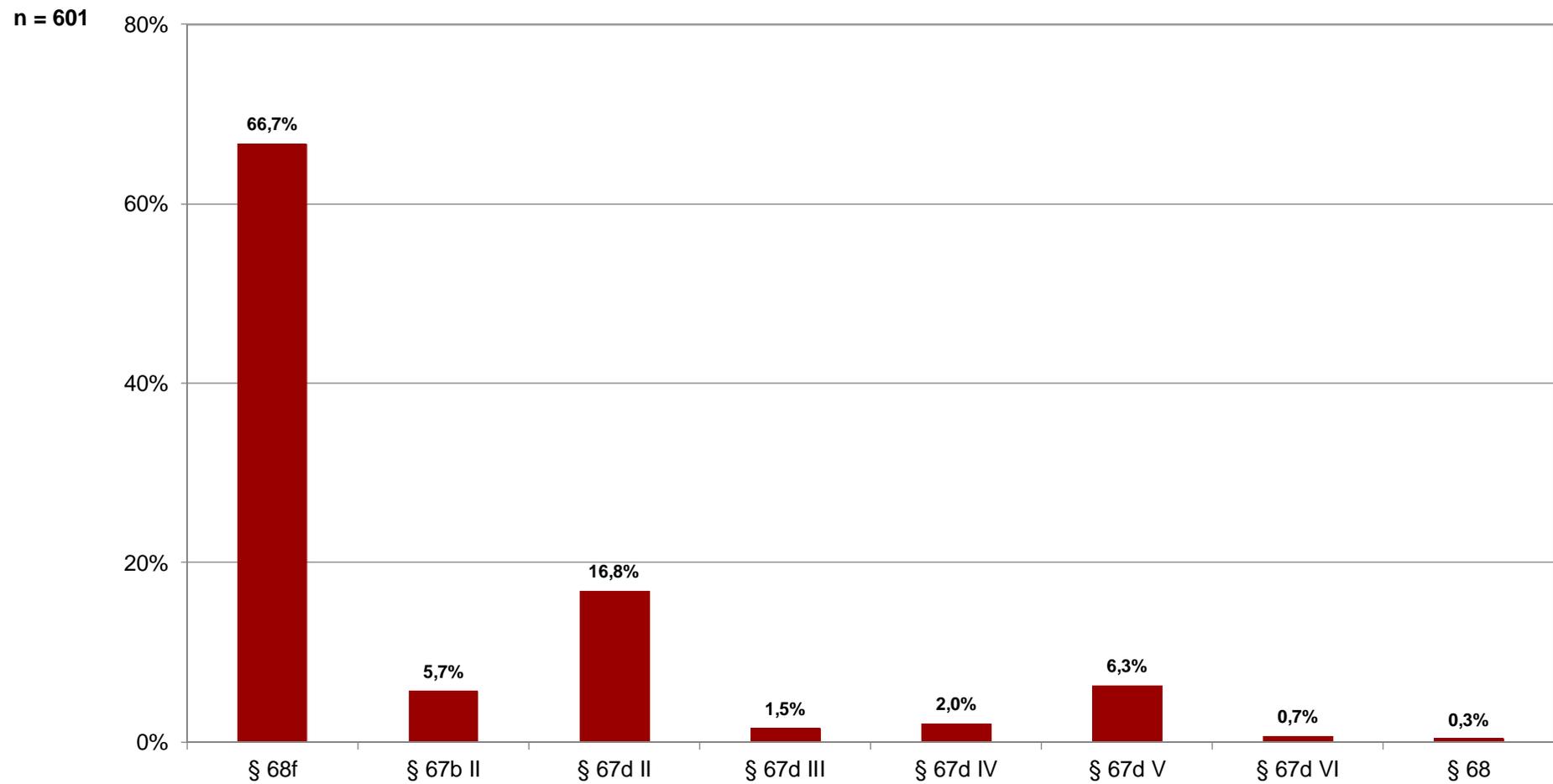
Eintrittsgründe der Führungsaufsicht

- aussetzungsbedingte Führungsaufsichten
§ 67b Abs. 2 StGB / § 67c Abs. 1 StGB /
§ 67c Abs. 2 StGB / § 67d Abs. 2 StGB
- vollverbüßungsbedingte Führungsaufsichten
§ 68f StGB
- erledigungsbedingte Führungsaufsichten
§ 68d Abs. 4 StGB / § 67d Abs. 5 StGB / § 67d Abs. 6 StGB
- anordnungsbedingte Führungsaufsichten
§ 68 Abs. 1 StGB



n (HH) = 815
n (NW) = 6.427
n (BW) = 2.499







Fall 1:

Trude ist Anfang 40. Infolge einer psychischen Störung aus dem schizophrenen Formenkreis glaubt sie, dass ihr Mann sie vergiften möchte. Um sich aus dieser vermeintlichen Gefahr zu retten, sticht sie eines Tages auf ihren völlig ahnungslosen Ehemann Otto mehrfach mit einem Messer ein. Otto überlebt schwer verletzt.

Trude wird unmittelbar nach der Tat einstweilig in ein psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen. Sie spricht auf die medikamentöse Behandlung ihrer psychischen Erkrankung gut an, vor allem ihre Wahnvorstellungen verschwinden. Gutachter und behandelnde Ärzte glauben, dass von Trude keine Gefahr ausgeht, wenn sie nur regelmäßig ihre Medikamente nimmt und jemand ein „fachkundiges Auge“ auf sie hat.



Fall 2:

Harry ist seit Jahren schwer BtM-abhängig und mehrfach wegen kleinerer bis mittlerer Kriminalität vorbestraft. Als er eines Tages kein Geld mehr hat, überfällt er eine Apotheke. Er wird zu dreieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Da er sich reuig, einsichtig und therapiebereit zeigt, ordnet das Gericht daneben die Unterbringung in einer Entziehungsanstalt an. Rasch zeigt sich aber, dass Harry nicht zur Suchttherapie bereit ist. Er wird aus der Entziehungsanstalt „entlassen“, in den Strafvollzug verlegt und verbüßt dort seine Freiheitsstrafe komplett.

Nach der Entlassung aus dem Strafvollzug hat Harry weiterhin ein starkes Suchtproblem. Die Legalprognose, die ihm die Strafvollzugsanstalt stellt, ist schlecht.



Fall 3:

Edgar ist nicht vorbestraft und lebt seit rund einem Jahr mit Anna und ihrer 7-jährigen Tochter Annemarie zusammen. Edgar fühlt sich seit er denken kann zu Kindern sexuell hingezogen. Es kommt in der Folgezeit regelmäßig zu sexuellen Übergriffen Edgars auf Annemarie. Mehrfach führt Edgar dabei auch den Geschlechtsverkehr mit dem Kind durch. Das Gericht rekonstruiert in seinem Urteil rund 200 sexuelle Übergriffe und verurteilt Edgar zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren.

Im Vollzug zeigt sich Edgar wenig einsichtig, leugnet Tat und Schuld und ist zu einer Therapie nicht bereit. Zu einer Bewährungsaussetzung kommt es nicht; Edgar verbüßt seine Haftstrafe voll; Gutachter gehen davon aus, dass Edgar weiterhin sexuell auf Kinder fixiert ist und hiervon eine Gefahr ausgeht.



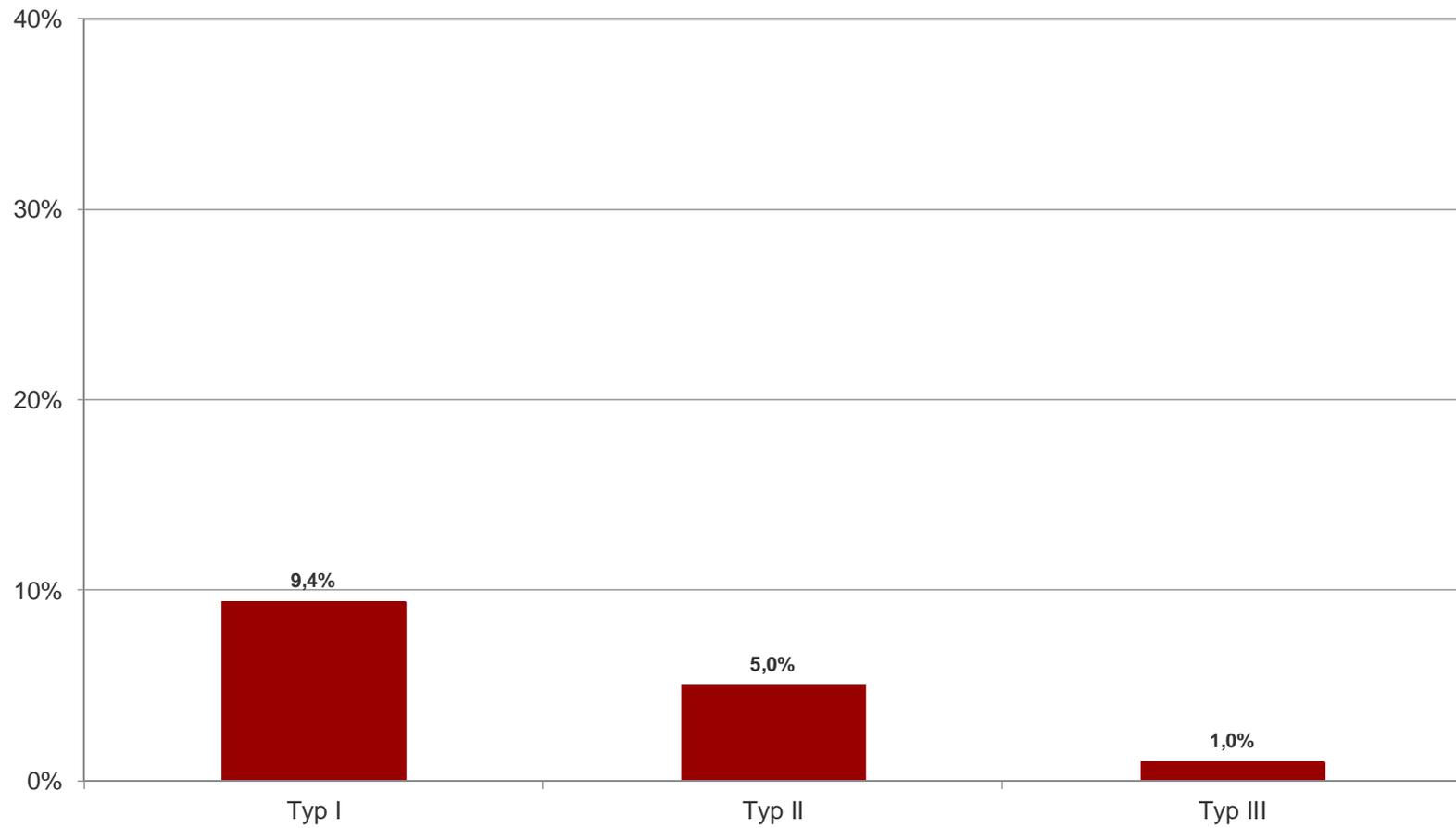
Führungsaufsichtstypen

Typ I	Typ II	Typ III
aussetzungsbedingte Führungsaufsichten	anordnungs-, erledigungs- und vollverbüßungsbedingte Führungsaufsichten	
positive Legalprognose	negative Legalprognose	(qualifiziert) negative Legalprognose
besserungsintensiv	(vermindert) sicherungsintensiv	sicherungsintensiv



Anteil von Frauen

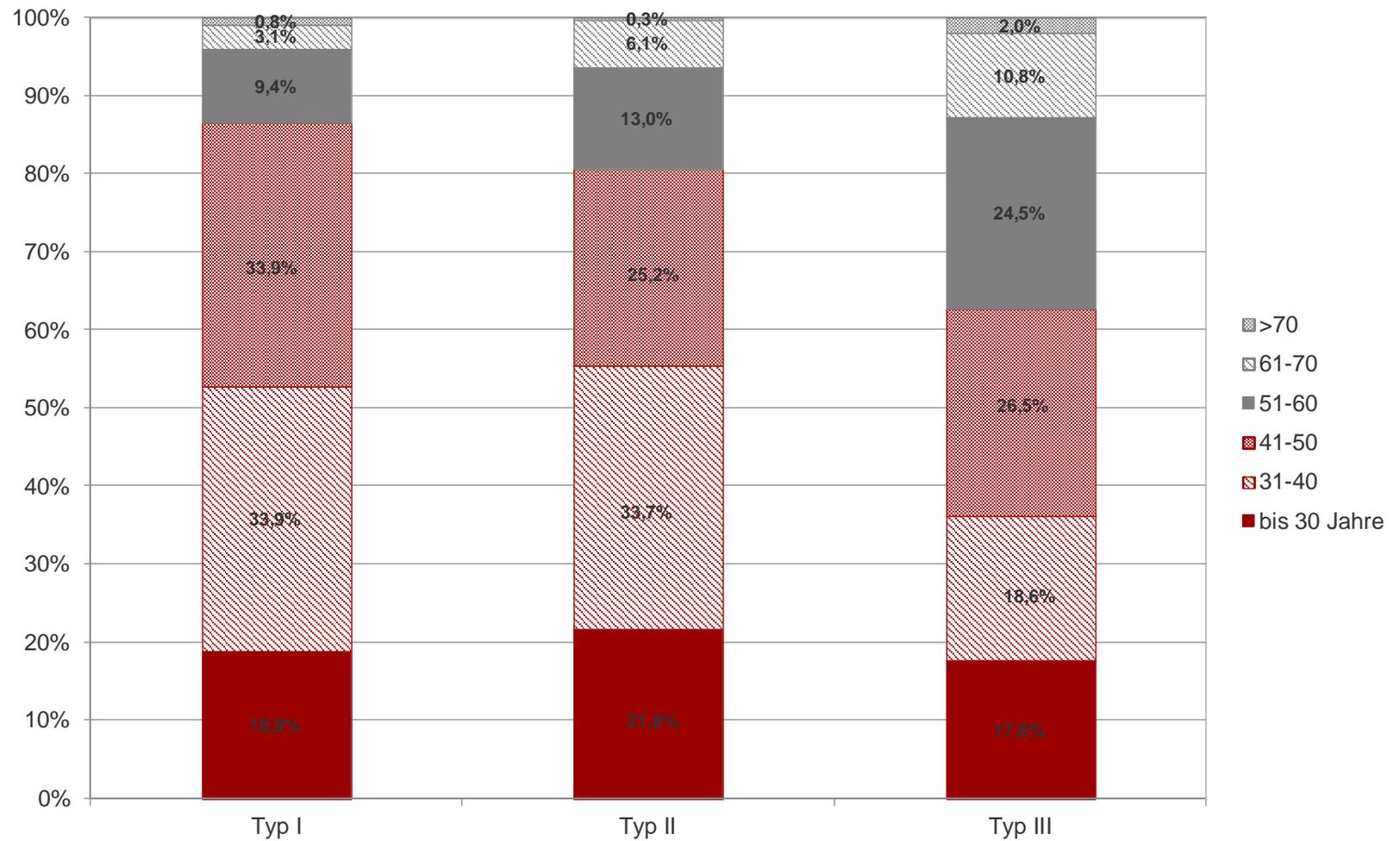
n (Typ I) = 127
n (Typ II) = 377
n (Typ III) = 102





Altersverteilung

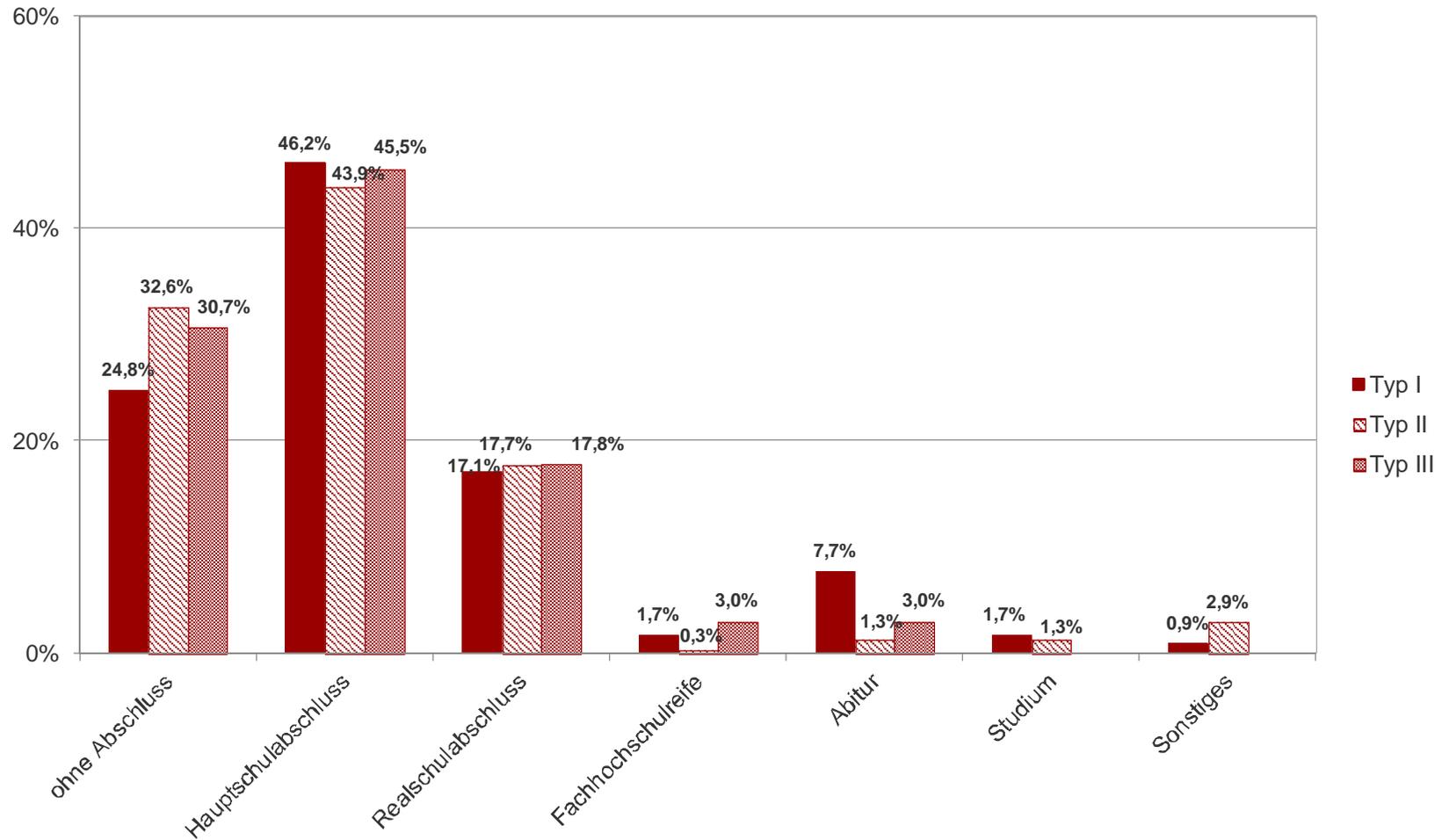
n (Typ I) = 127
n (Typ II) = 377
n (Typ III) = 102





Schulabschluss

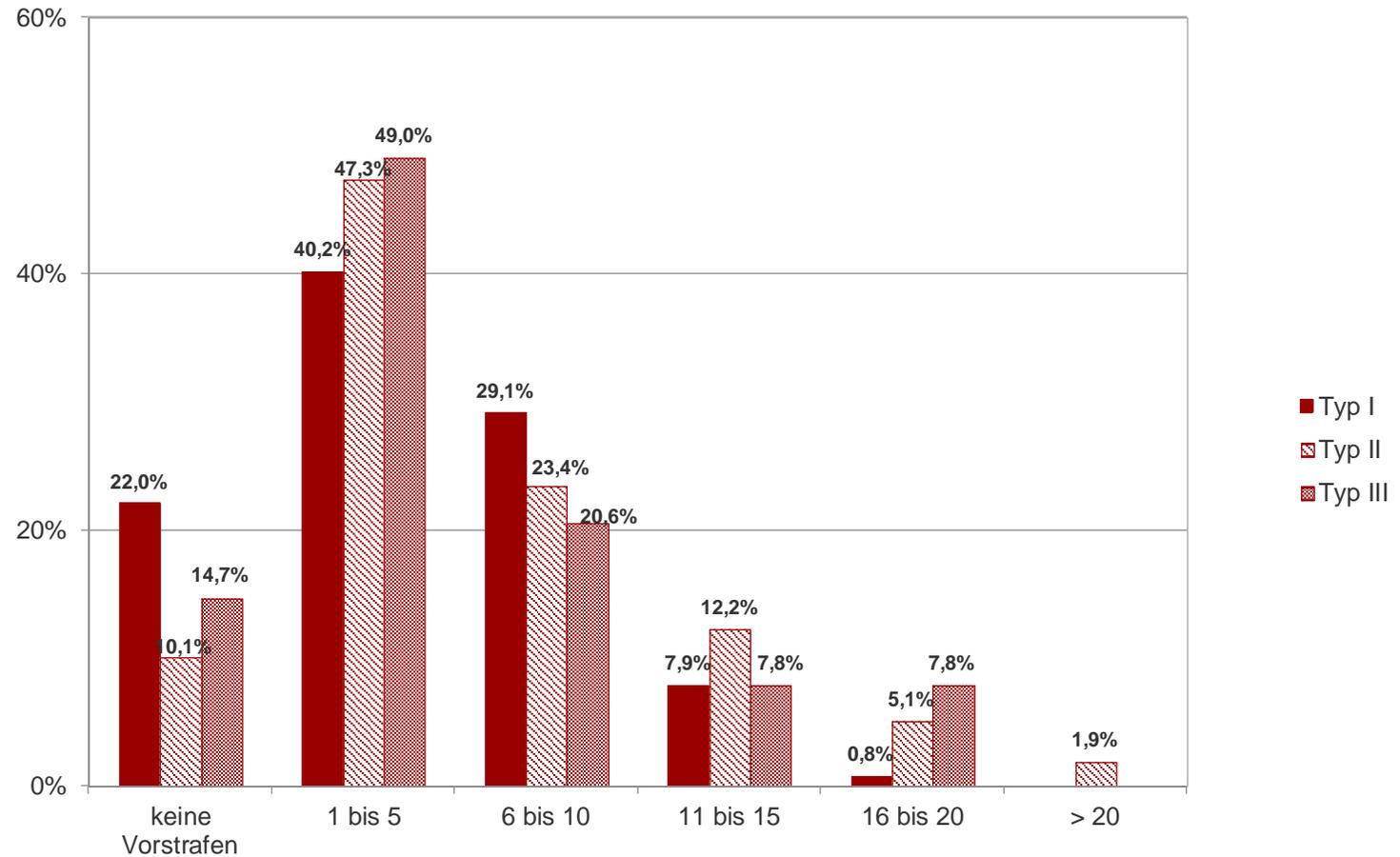
n (Typ I) = 117
n (Typ II) = 310
n (Typ III) = 101





Vorstrafen

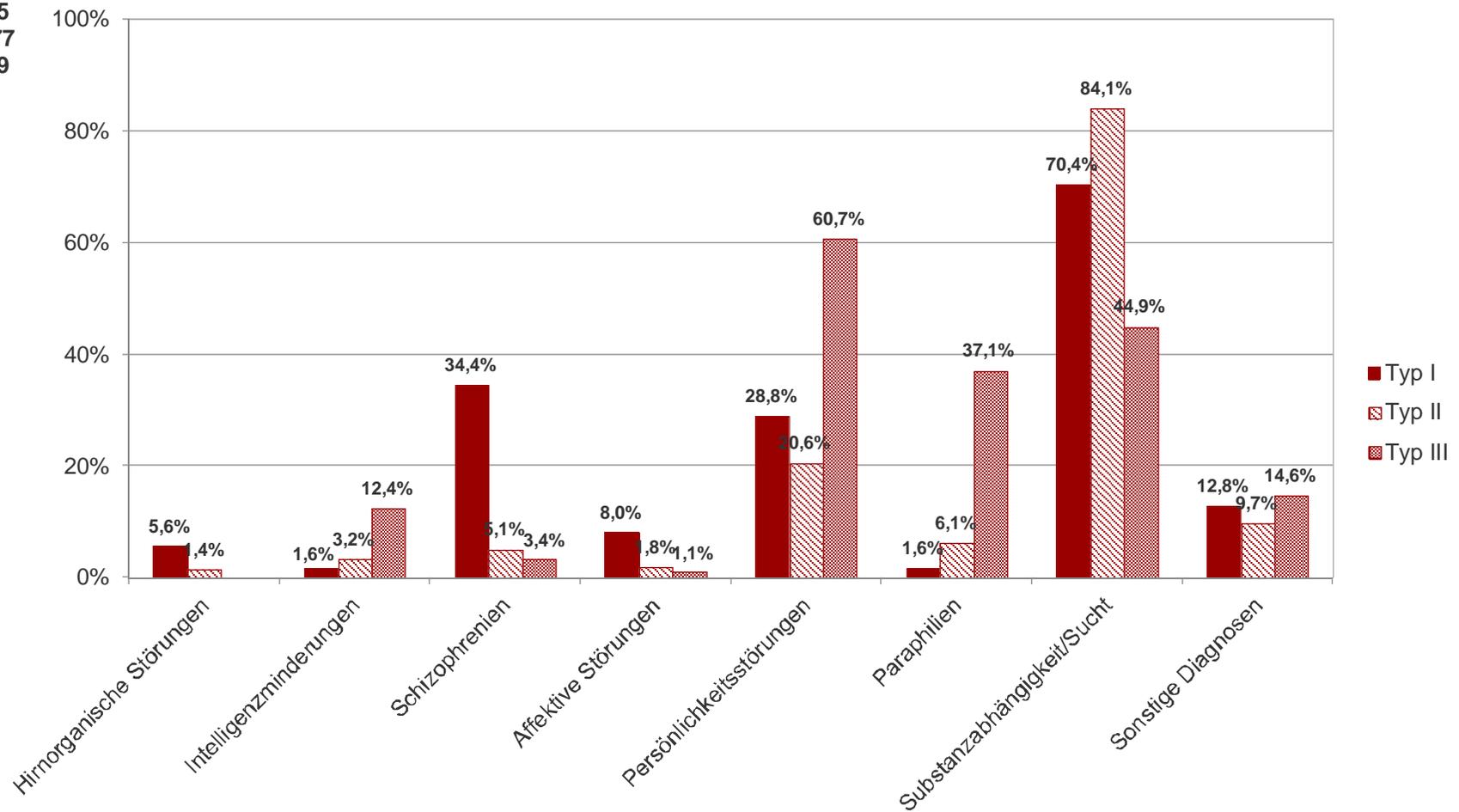
n (Typ I) = 127
n (Typ II) = 376
n (Typ III) = 102





psychische Erkrankungen

n (Typ I) = 125
n (Typ II) = 277
n (Typ III) = 89

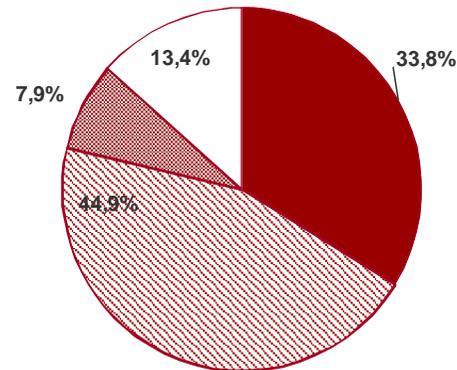




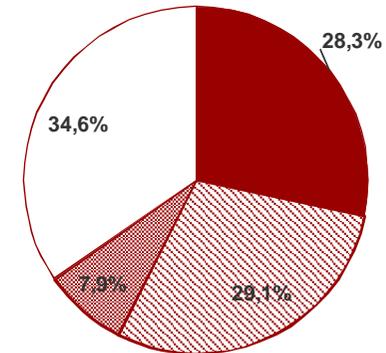
kriminogene Faktoren Typ I

- protektiv
- ▨ neutral
- ▩ kritisch
- keine Information

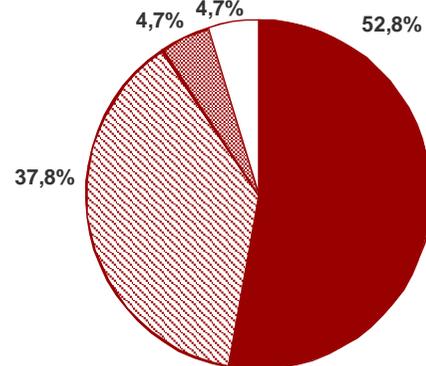
Sozialer Empfangsraum



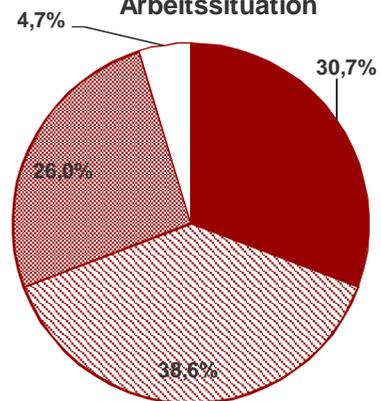
Partnerschaft



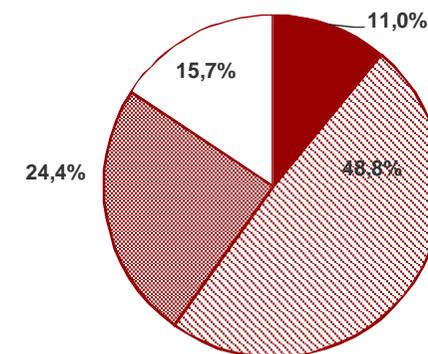
Wohnsituation



Arbeitssituation

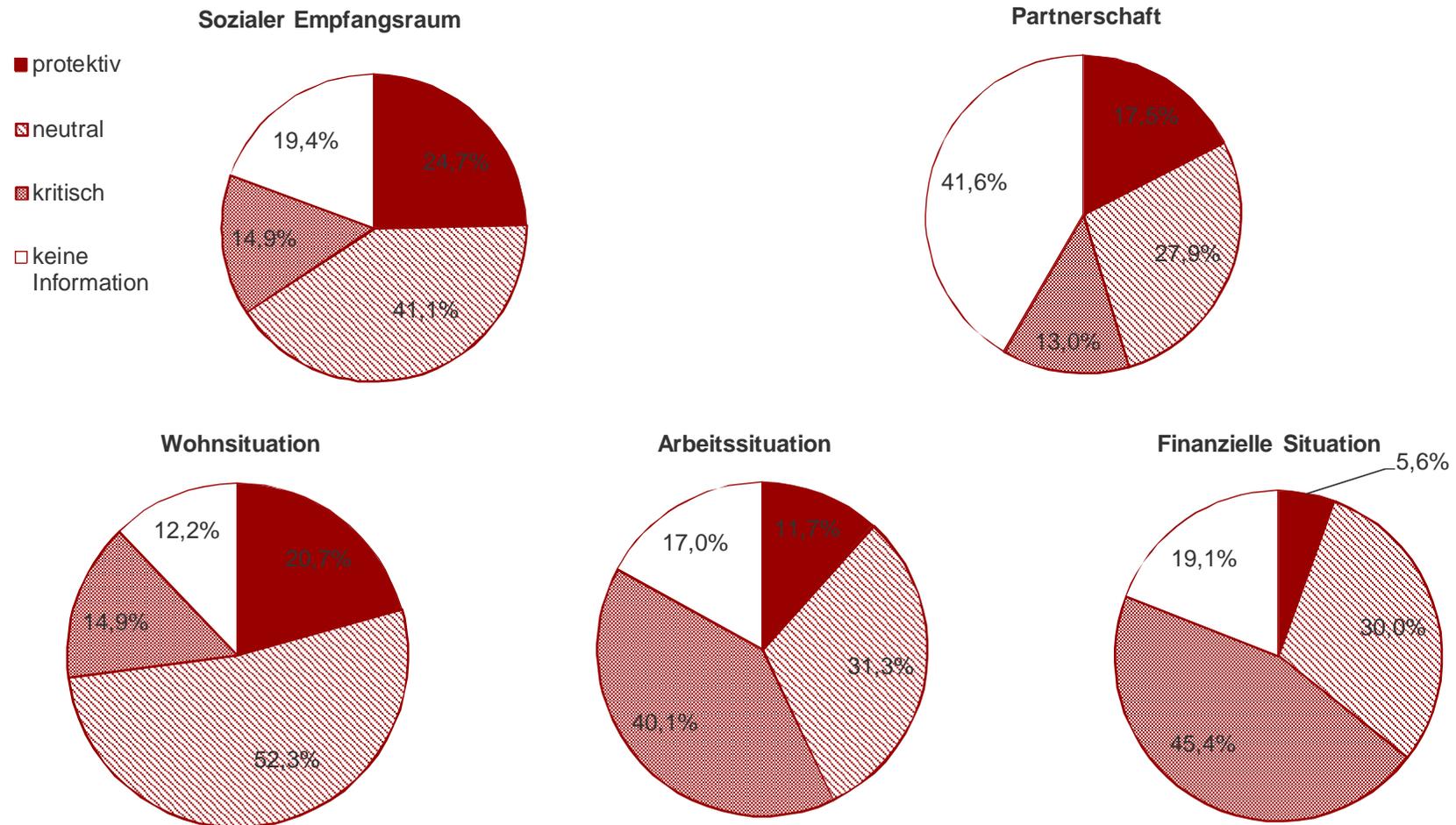


Finanzielle Situation



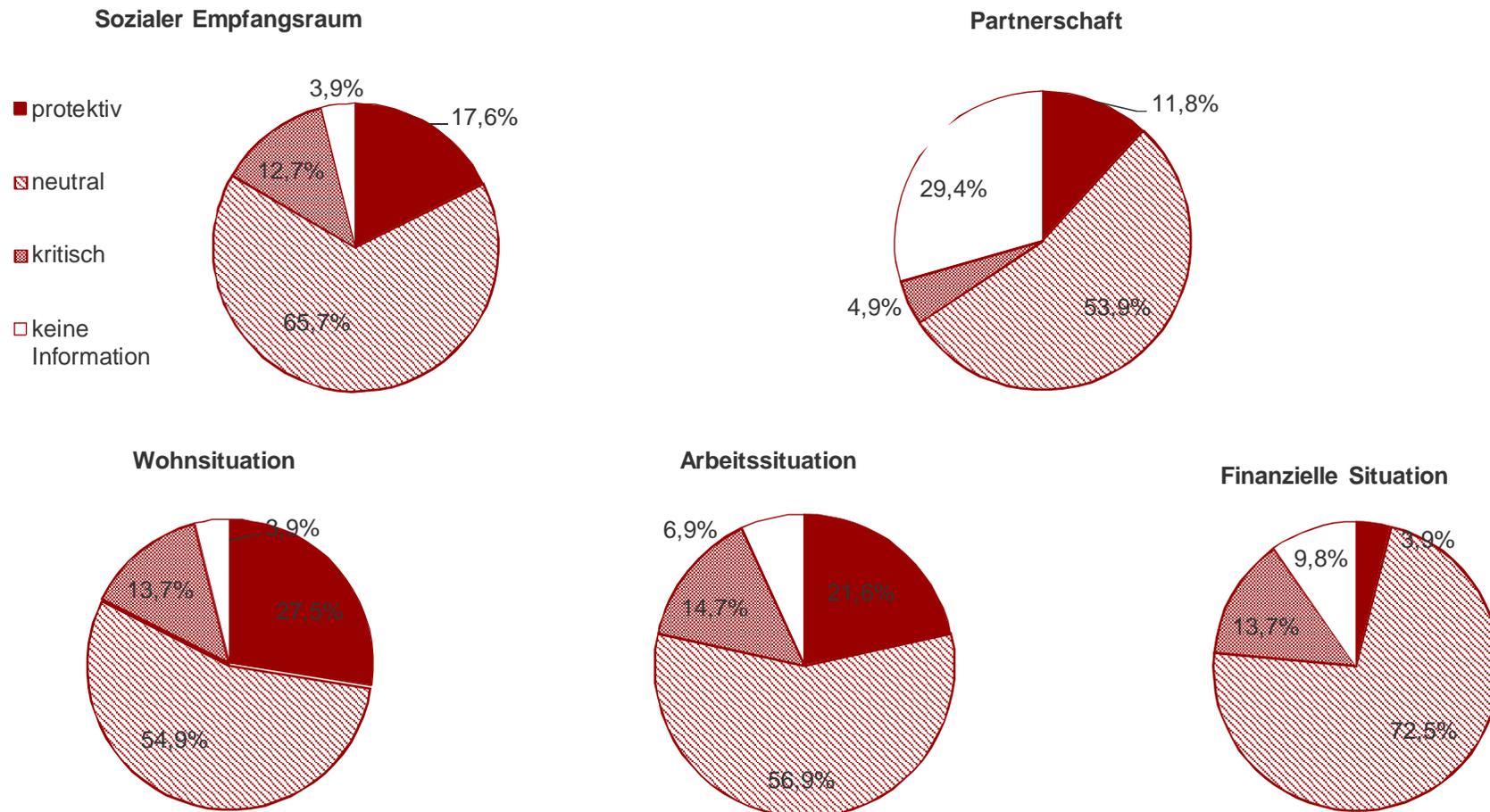


kriminogene Faktoren Typ II





kriminogene Faktoren Typ III



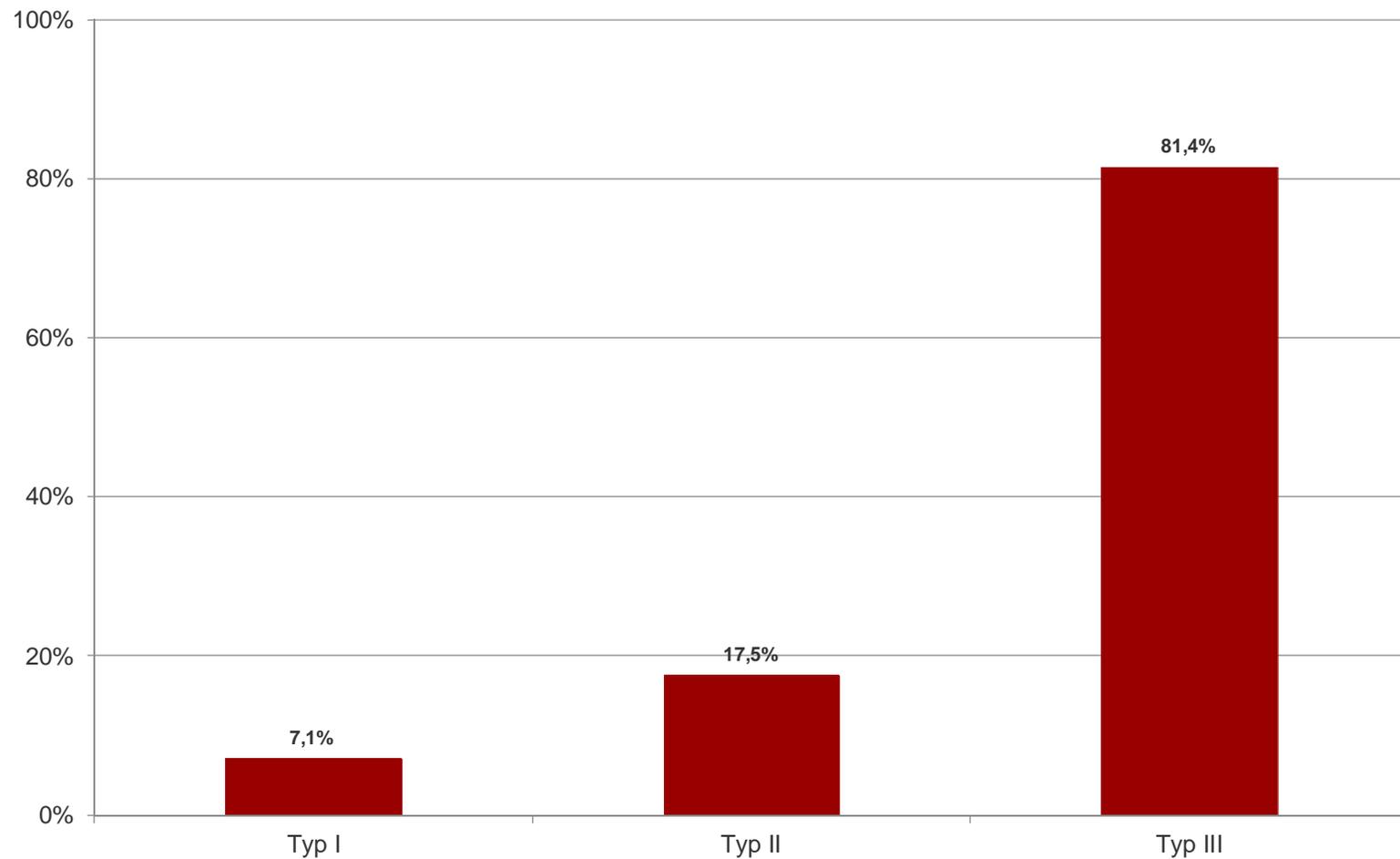


Bearbeitung der Führungsaufsichtstypen



Häufigkeit von Ausschreibungen zur polizeilichen Beobachtung (§ 463a Abs. 2 StPO)

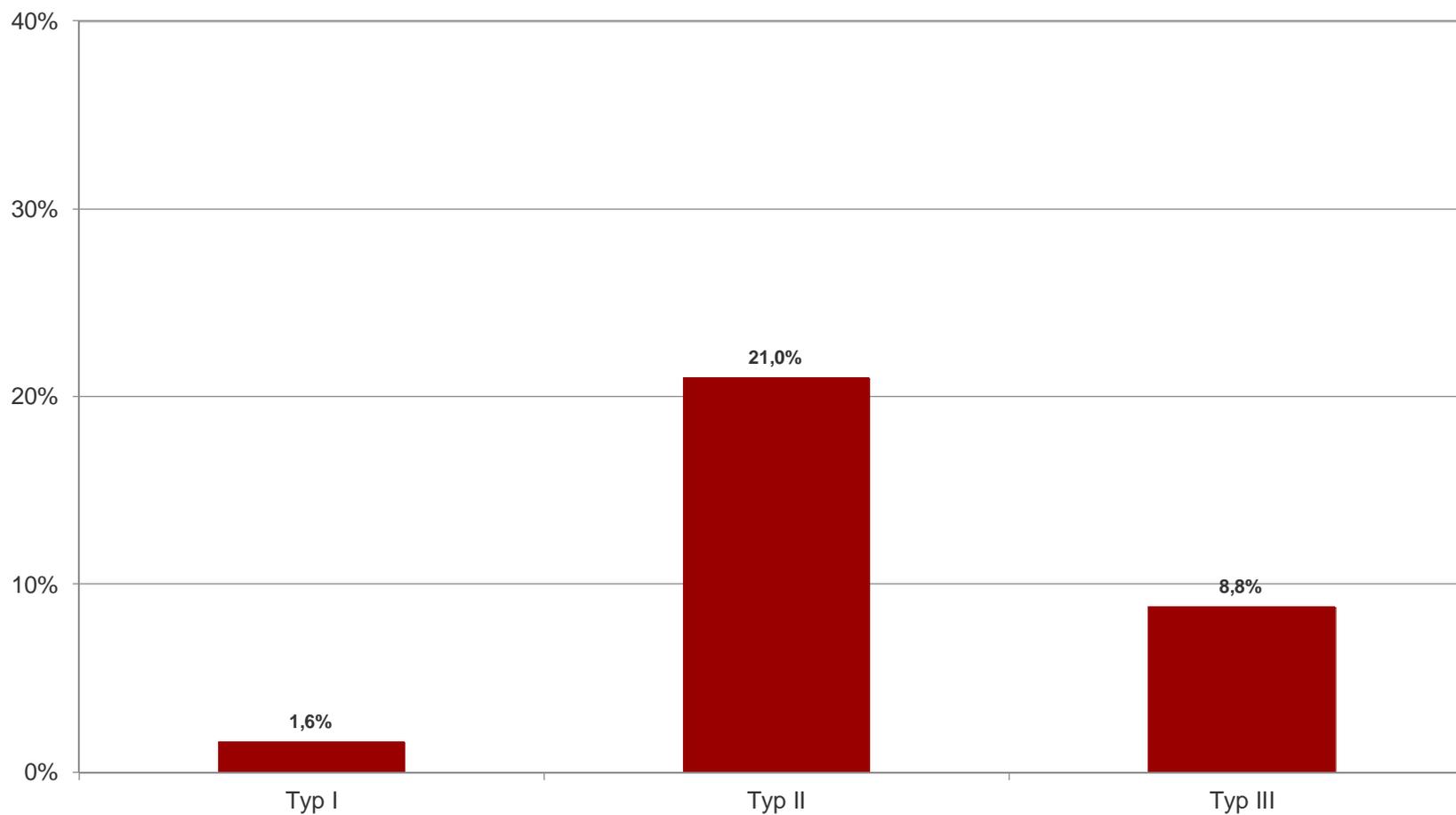
n (Typ I) = 127
n (Typ II) = 377
n (Typ III) = 102





Häufigkeit von Ausschreibungen zur Aufenthaltsermittlung (§ 463a Abs. 1 S. 2 StPO)

n (Typ I) = 127
n (Typ II) = 377
n (Typ III) = 102



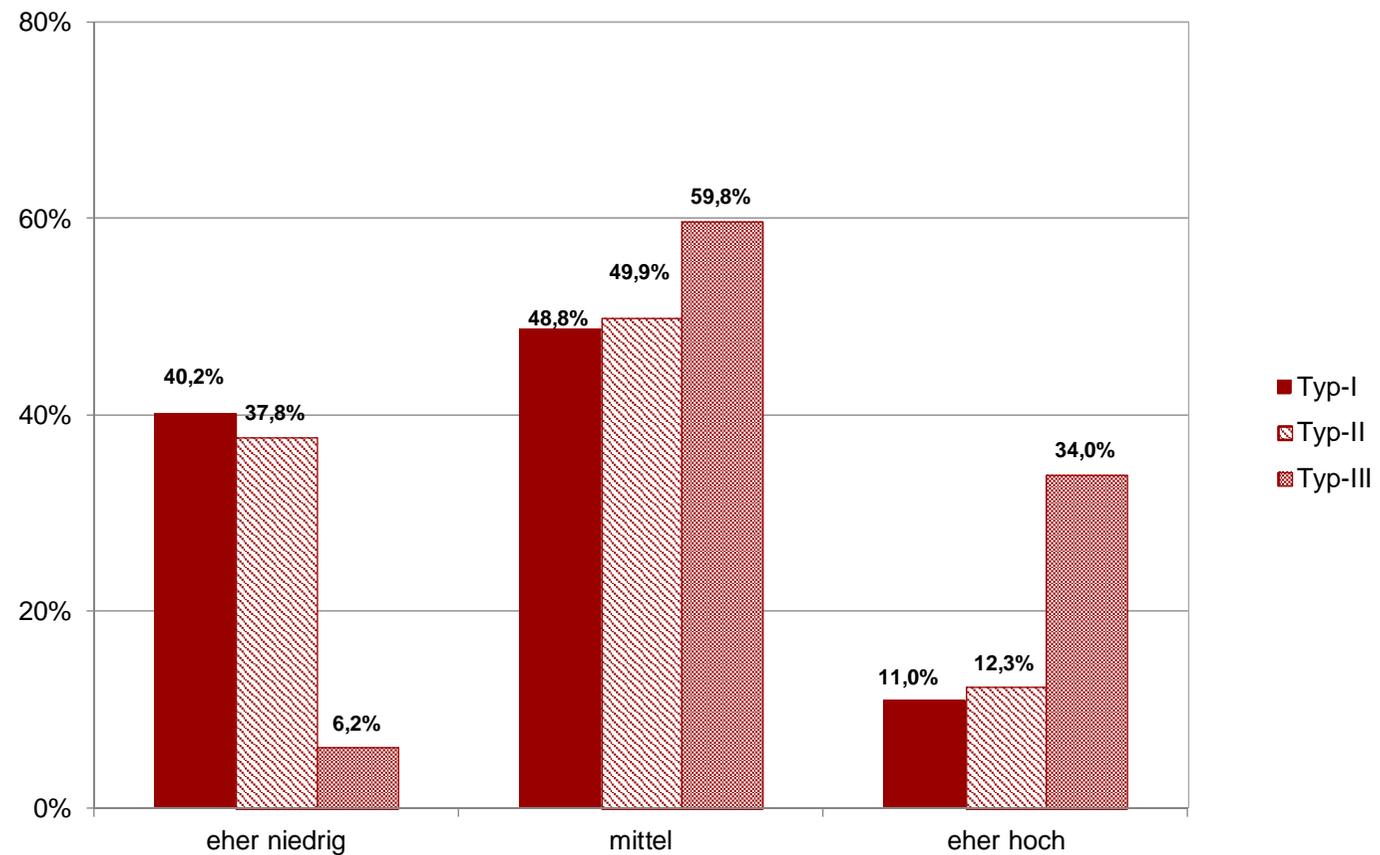


Polizeiliche Flankierungsprogramme



Beteiligung der Polizei (I): Arbeitsbeitrag der Polizei

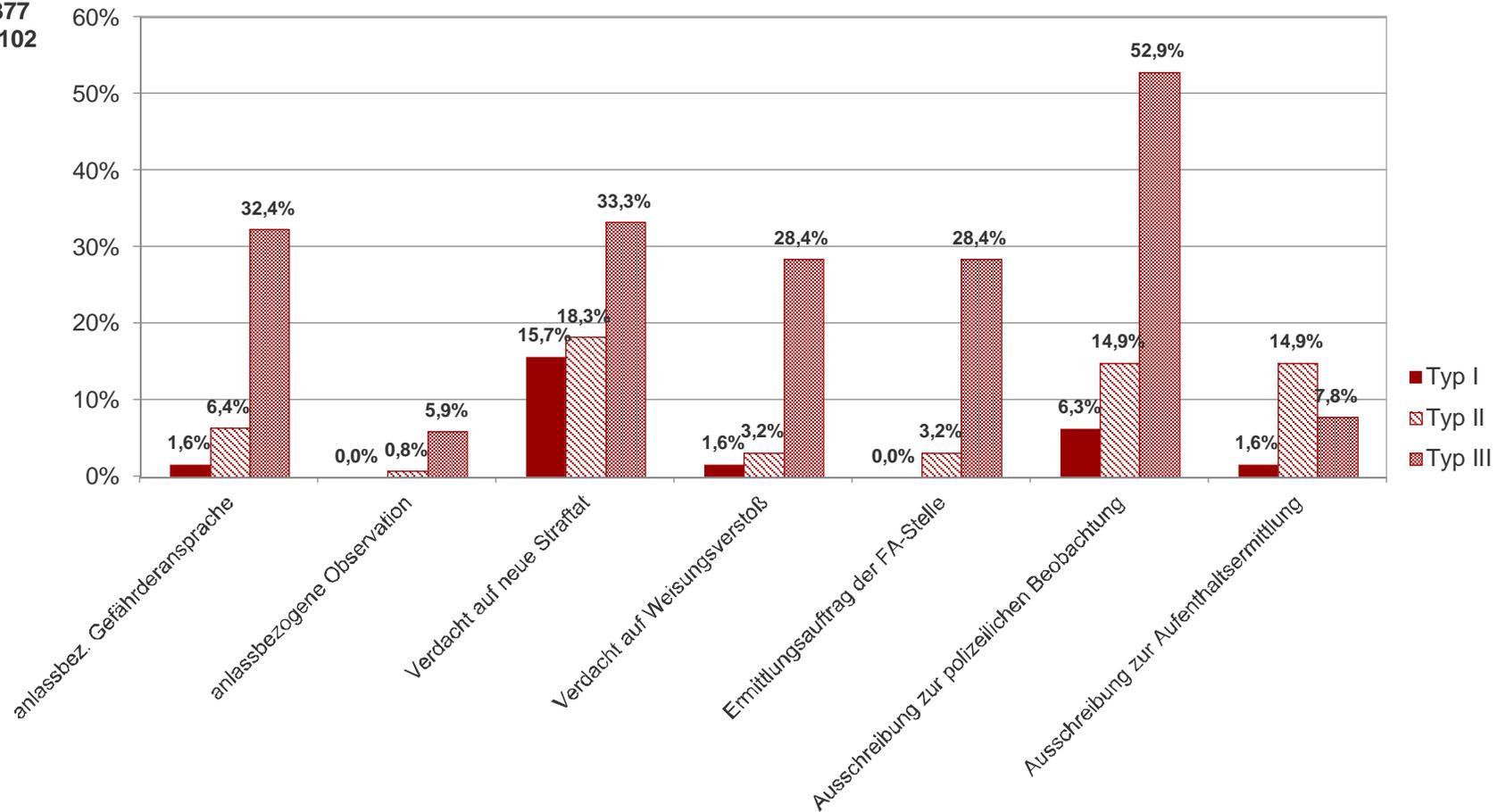
n (Typ I) = 127
n (Typ II) = 358
n (Typ III) = 97





Beteiligung der Polizei (II): anlassbezogene Maßnahmen

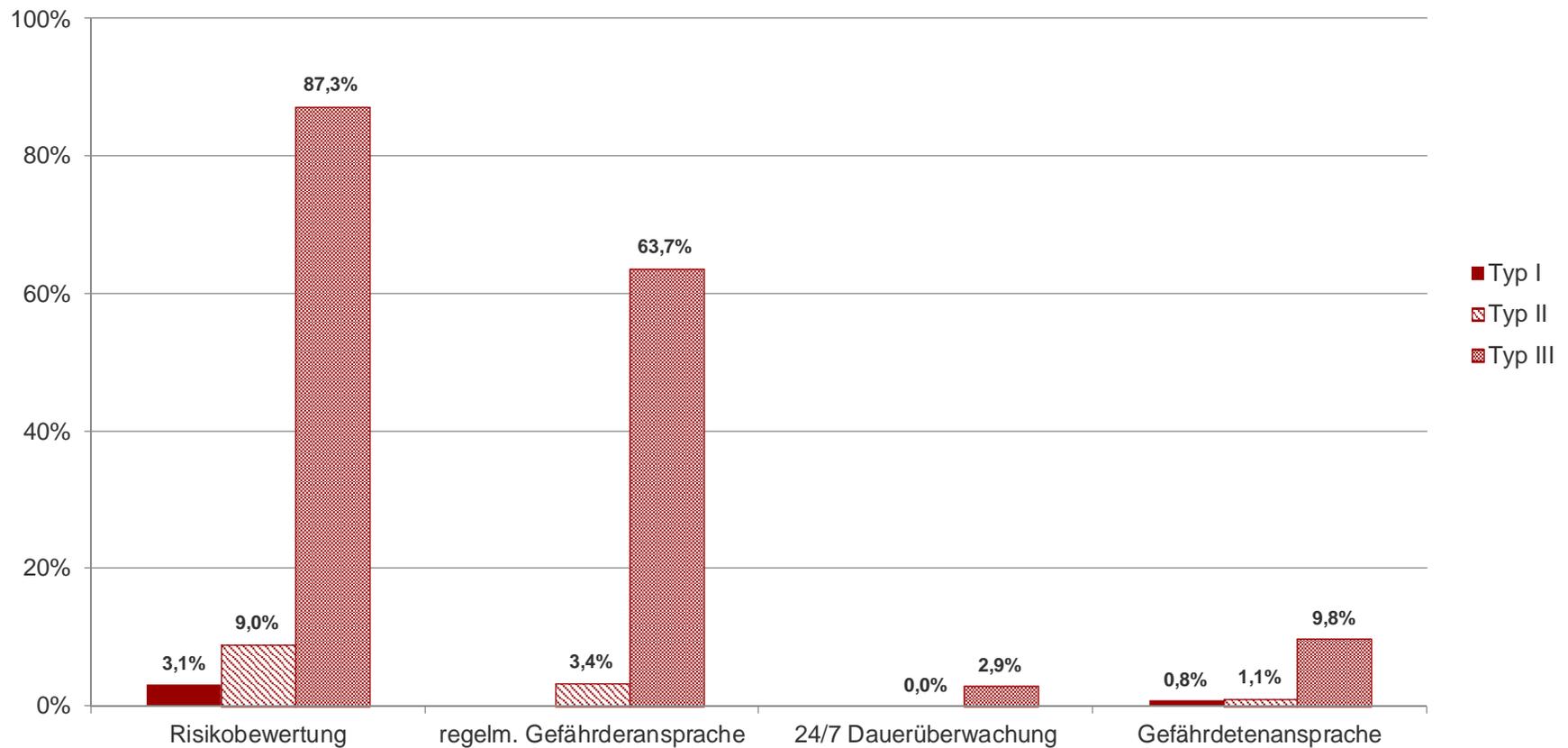
n (Typ I) = 127
n (Typ II) = 377
n (Typ III) = 102





Beteiligung der Polizei (III): anlassunabhängige Maßnahmen

n(Typ I)=2,
n(Typ II)=37,
n(Typ III)=79





Polizeiliche Flankierungsprogramme

BW	Konzeption zum Umgang mit rückfallgefährdeten Sexualstraftätern	KURS
BY	Haftentlassenen Auskunftsdatei Sexualstraftäter	HEADS
BB	Haftentlassenen Auskunftsdatei Sexualstraftäter	HEADS
HB	Haftentlassenen Auskunftsdatei Sexualstraftäter	HEADS
HH	Täterorientierte Prävention (Sicherheits- und Risikomanagement für Entlassene)	T.O.P. (SURE)
HE	Auskunftsdatei rückfallgefährdeter Sexualstraftäter und Sicherheitsmanagement	ARGUS
MV	Für optimierte Kontrolle und Sicherheit	FoKuS
NI	Konzeption zum Umgang mit rückfallgefährdeten Sexualstraftätern	KURS
NW	Konzeption zum Umgang mit rückfallgefährdeten Sexualstraftätern	KURS



Polizeiliche Flankierungsprogramme

RP	Vorbeugendes Informationsaustauschsystem zum Schutz vor inhaftierten und entlassenen Rückfalltätern	VISIÉR
SN	Informationssystem zur Intensivüberwachung besonders rückfallgefährdeter Sexualstraftäter	ISIS
ST	Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor Straftaten von haftentlassenen rückfallgefährdeten Sexualstraftätern	
SH	Kieler Sicherheitskonzept Sexualstraftäter	KSKS
TH	Haftentlassenen Auskunftsdatei Sexualstraftäter	HEADS



Beteiligung der Polizei (III) – Zusammenarbeit mit der Polizei

Interviewausschnitt III-28: Zusammenarbeit der Polizei mit Akteuren der Führungsaufsicht.

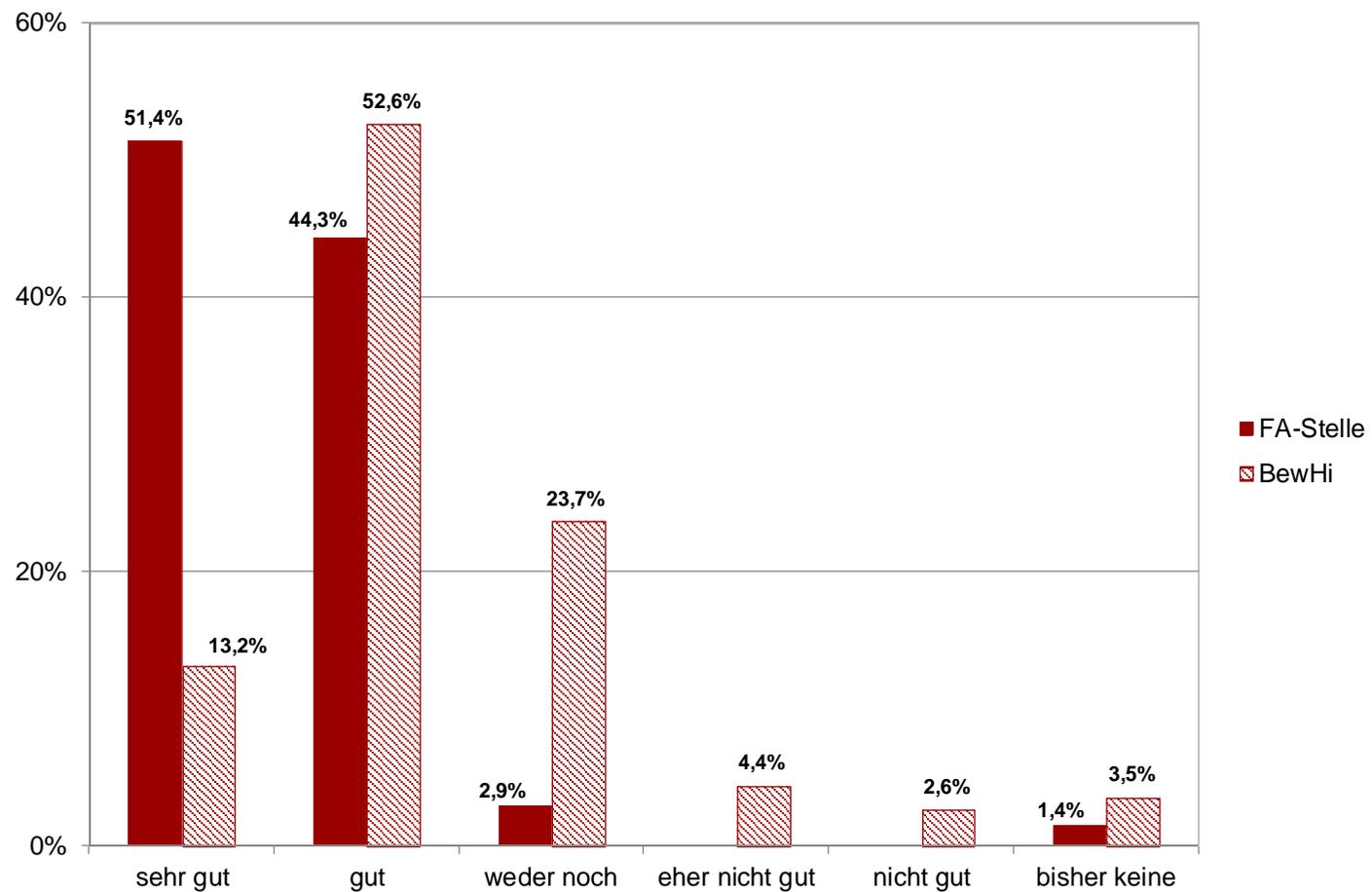
„Unser Blickwinkel auf die polizeiliche Tätigkeit hat sich geändert. Es gibt ein offeneres Miteinander und kein Gegeneinander zwischen der Polizei und der Bewährungshilfe mehr. Dieser andere Fokus ist nicht nur das Resultat von XY [Name des polizeilichen Flankierungsprogramms], sondern auch einer grundsätzlich anderen Stimmung.“

Int-bewhi.



Beteiligung der Polizei (II) – Zusammenarbeit mit der Polizei

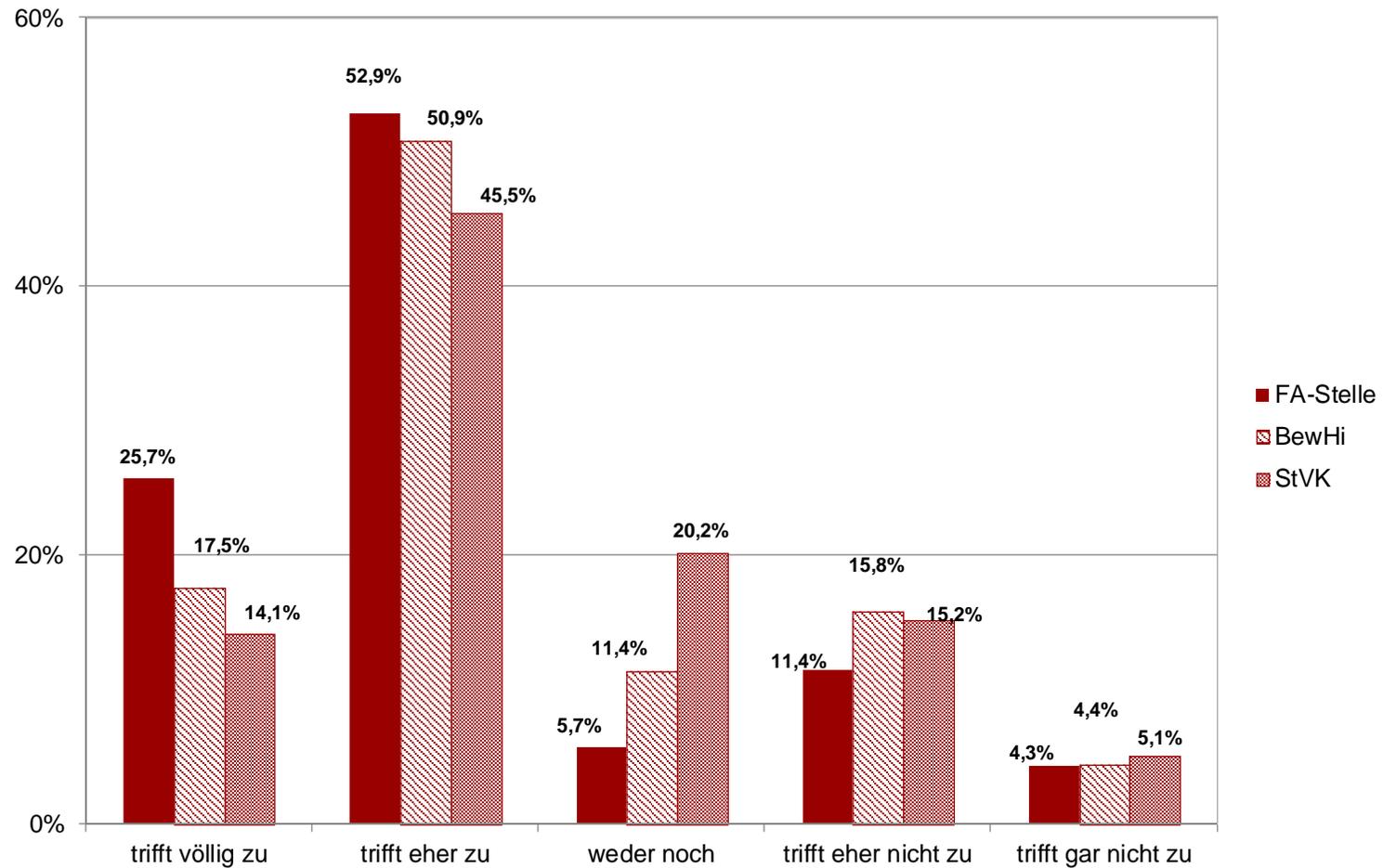
n (FA-Stelle) = 70
n (BewHi) = 114





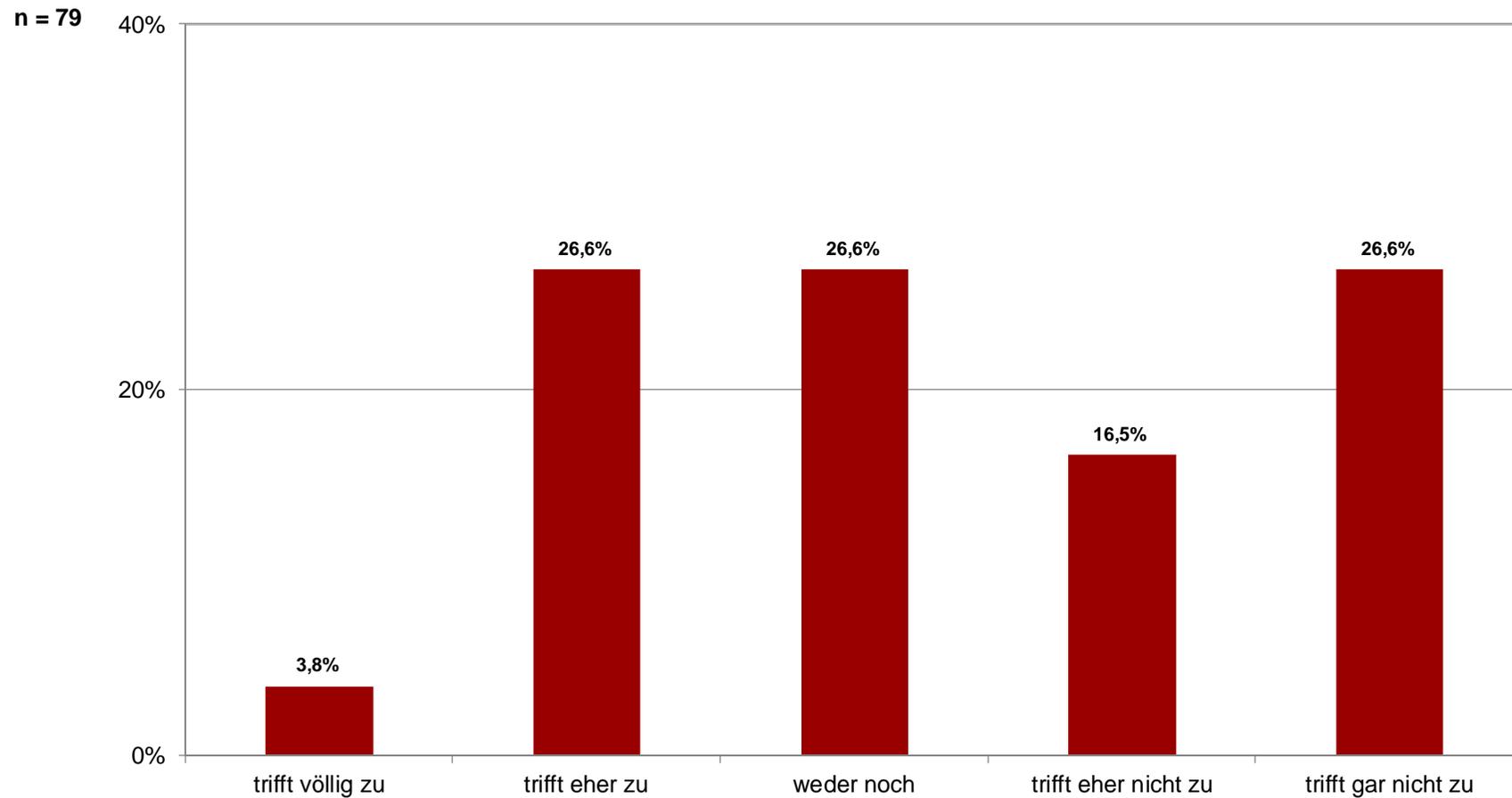
Beteiligung der Polizei (II) – Ausweitung auf andere Straftätergruppen?

n (FA) = 70
n (BewHi) = 114
n (StVK) = 99





Beteiligung der Polizei (II) – Einschätzung der Leiter und Mitarbeiter des Maßregelvollzugs („Polizei sollte stärker beteiligt werden.“)





Beteiligung der Polizei (II) – Einschätzung der Polizei

Interviewausschnitt III-29: Ausweitung polizeilicher Flankierungsprogramme auf Nicht-Sexualstraftäter.

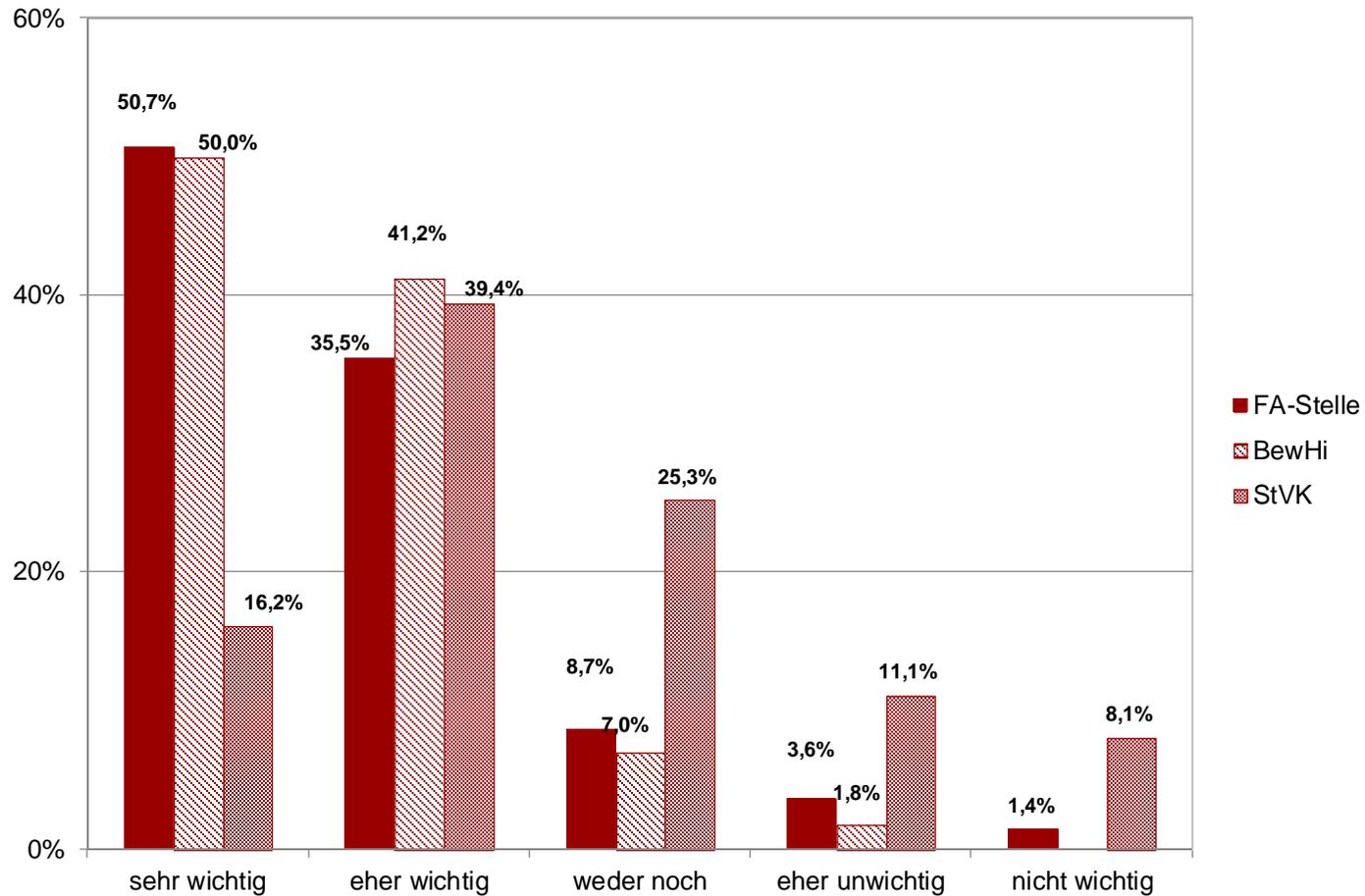
„Die Gewalttäter begehen so viele Straftaten und dominieren das Projekt, dass der präventive Ansatz nicht funktionieren würde. Auch Reden bringt da nichts. Damit fallen die Sexualstraftäter, die in den fünf Jahren der FA vielleicht einmal was machen, hinten raus. Das passt nicht zusammen.“

Int-pol.



Zusammenarbeit mit der Polizei (I) – Bedeutung der Polizei als Informationsquelle

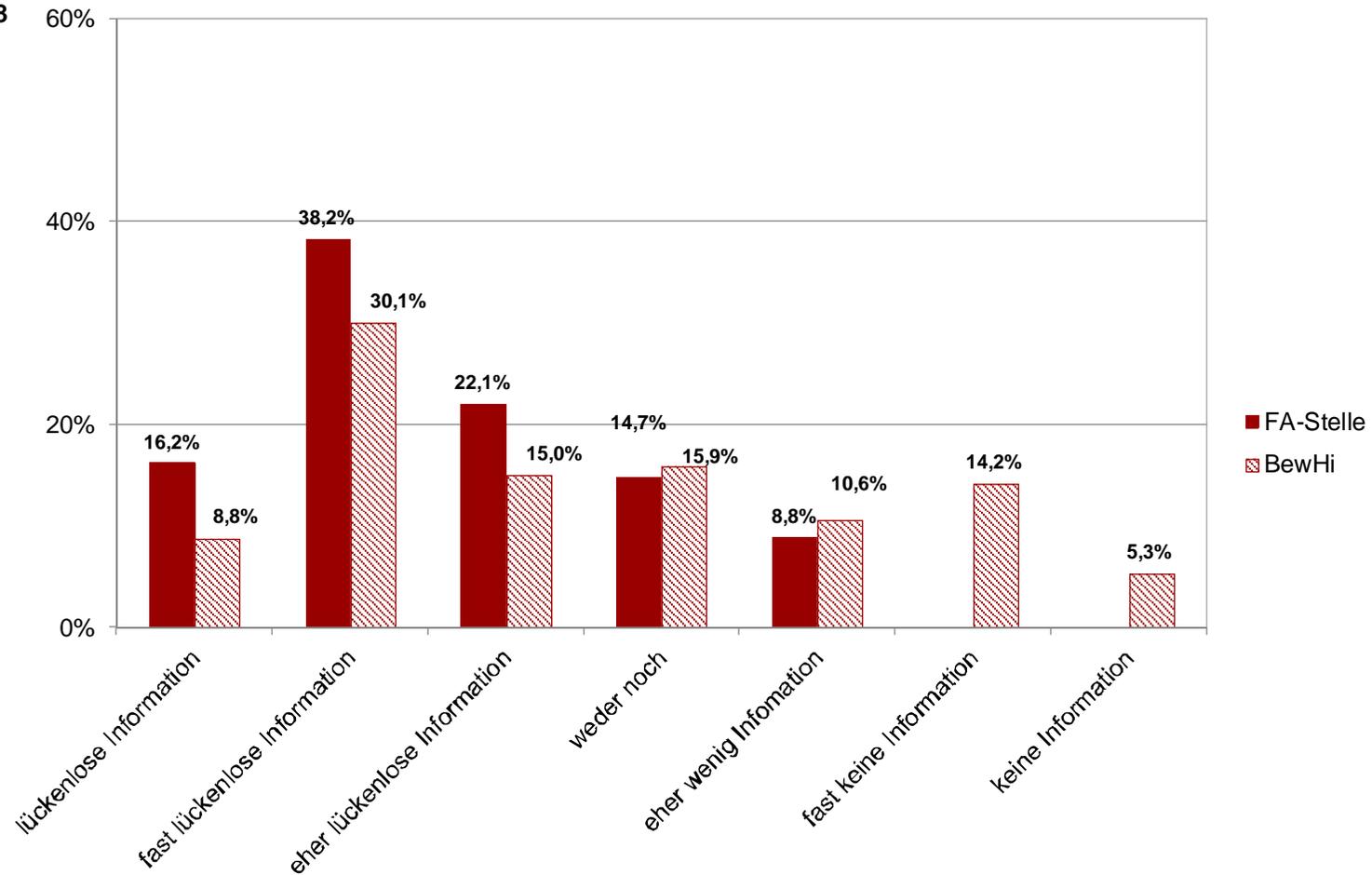
n (FA-Stelle) = 69
n (StVK) = 99
n (BewHi) = 114





Zusammenarbeit mit der Polizei (I) – Informationsfluss von der Polizei zur Führungsaufsicht

n (FA-Stelle) = 68
n (BewHi) = 113





rechtliches Problem:

Direkte Datenweitergabe der Bewährungshilfe an die Polizei?

- in Krisensituationen: § 34 StGB
- übers Eck: Führungsaufsichtsstelle als Relais
- nach Schweigepflichtsentbindung durch den Probanden

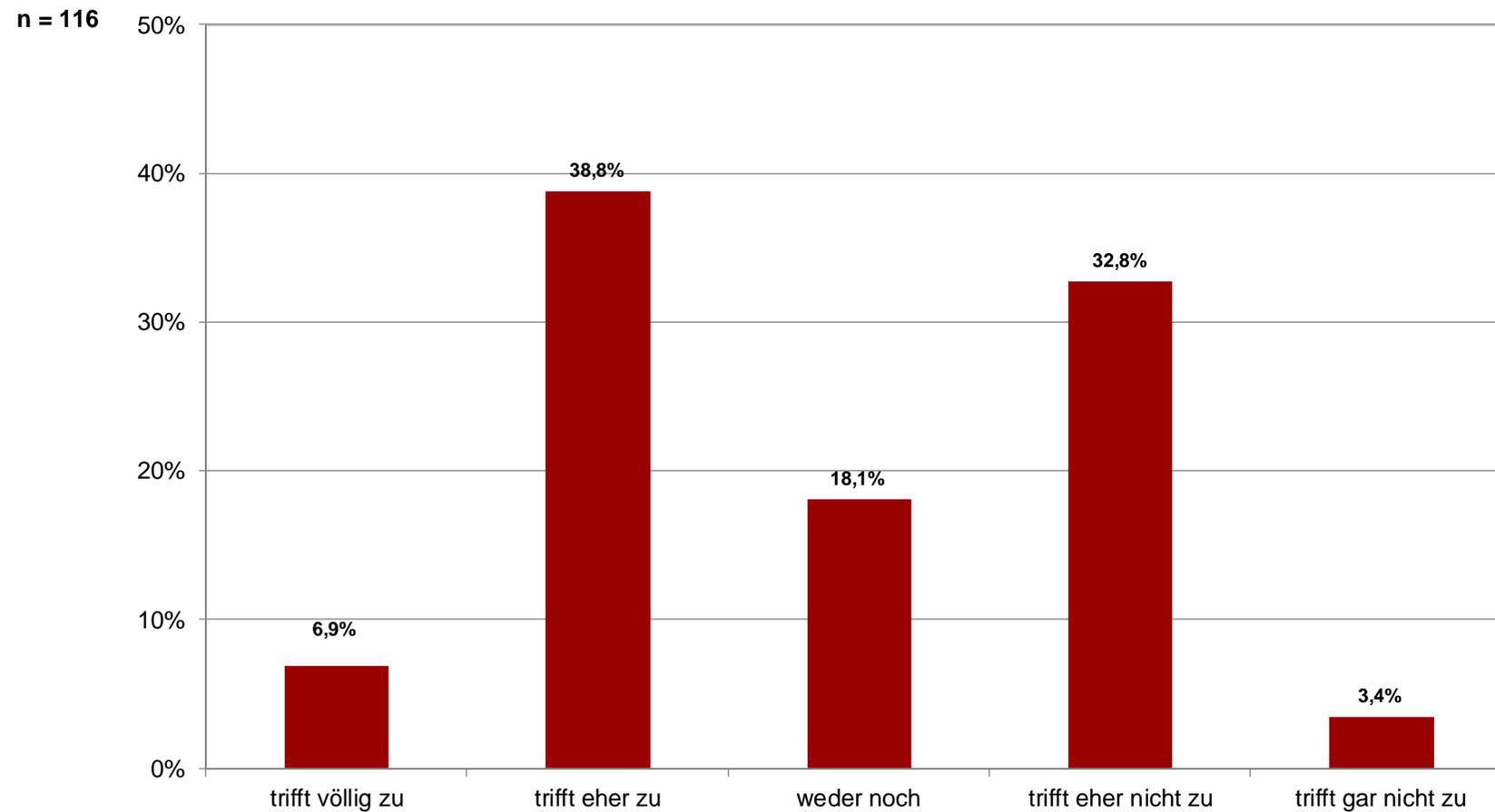


Beteiligung der Polizei (II) – Entbindung der Bewährungshilfe von der Schweigepflicht gegenüber der Polizei

BL	keine Entbindung	in Einzelfällen Entbindung	regelmäßige Entbindung
NRW	70%	18%	12%
BW	22%	33%	44%
BY	37%	37%	26%
HH	0%	100%	0%
SL	0%	100%	0%
SH	0%	33%	66%
RP	12%	25%	63%
HB	0%	0%	100%



Beteiligung der Polizei (II) – Informationsfluss zur Polizei als Belastung des Verhältnisses der Bewährungshilfe zum Probanden?





Zusammenarbeit mit der Polizei (II) – Entlastung des Bewährungshelfers

Interviewausschnitt III-31: Entlastung der Bewährungshilfe von Sicherungsaufgaben durch die Polizei.

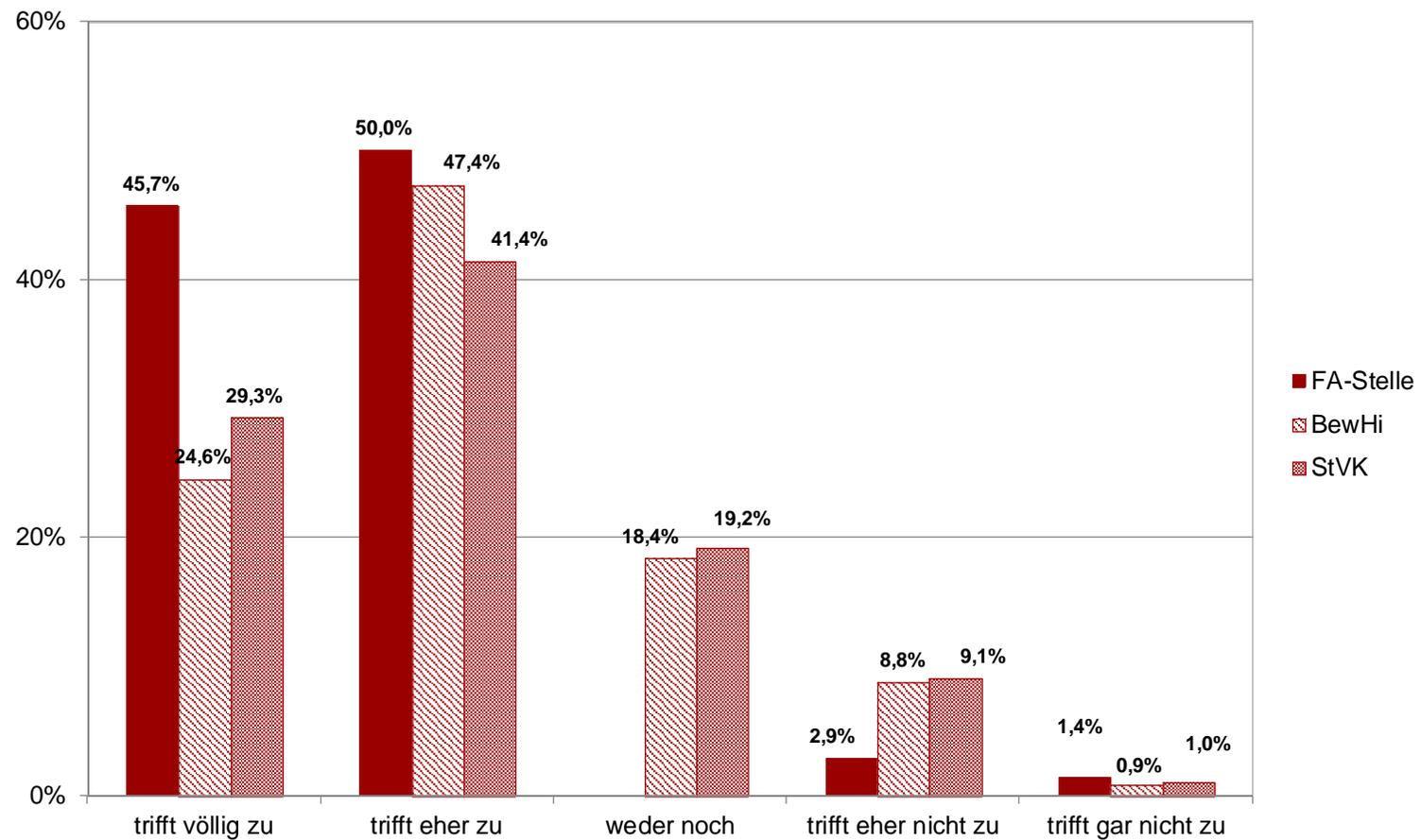
„Vielleicht liegt das auch an dem Ansatz, dass der Bewährungshelfer auf guten Kontakt zu dem Probanden angewiesen ist und das von sich aus machen muss. Der Bewährungshelfer muss sozusagen in Vorleistung gehen. Die Polizei kann dagegen durch die Blume sagen: Du musst in Vorleistung gehen, wenn du es mit uns angenehm haben willst. Dies kann man gleich nachprüfen und wenn er nicht handelt, kann es ekelhaft werden. Dies geht in der Bewährungshilfe vielleicht nicht so.“

Int-pol.



Beteiligung der Polizei (III) – allgemeine Bewertung („Die Beteiligung der Polizei an der FA ist sinnvoll.“)

n (FA-Stelle) = 70
n (BewHi) = 114
n (StVK) = 99





Fallkonferenzen



Rechtlicher Rahmen

Seit der Führungsaufsichtsreform 2007 Regelung in § 68a Abs. 8 zu Offenbarungsrechten und Offenbarungspflichten aller Kern-Akteure

auch:

Offenbarungspflichten – erste zivilgerichtliche Entscheidungen (vgl. OLG Stuttgart NJW 2004, 1880), die sich mit dem Verschulden von Führungsaufsichtsakteuren befassen

derzeit jedoch unkritischer Haftungsmaßstab

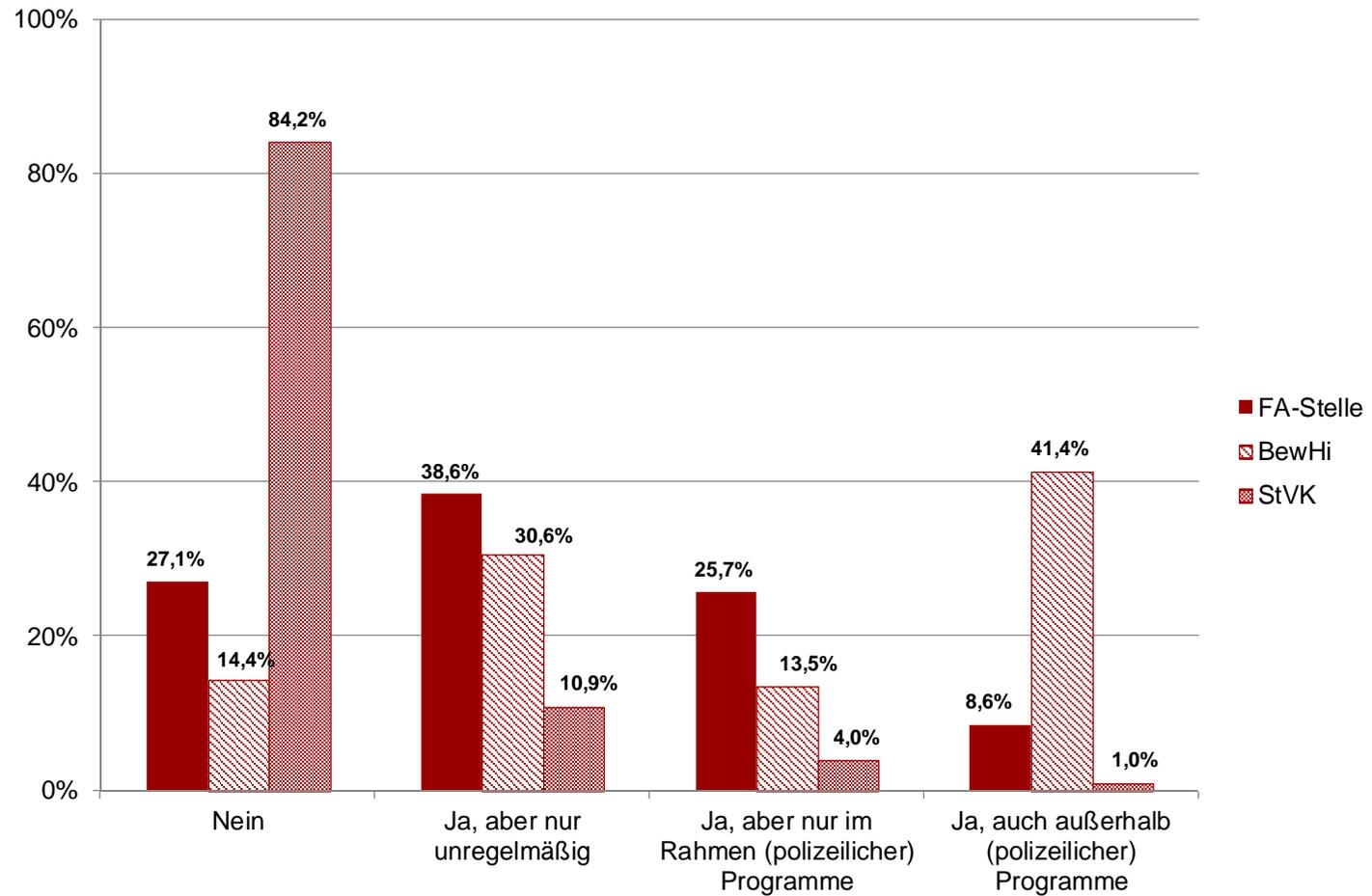


Nach Vorstellung Gesetzgebers soll die Koordination der Akteure in Fallkonferenzen erfolgen, deren Grundlage die Offenbarungspflichten nach § 68a Abs. 8 StGB sind.



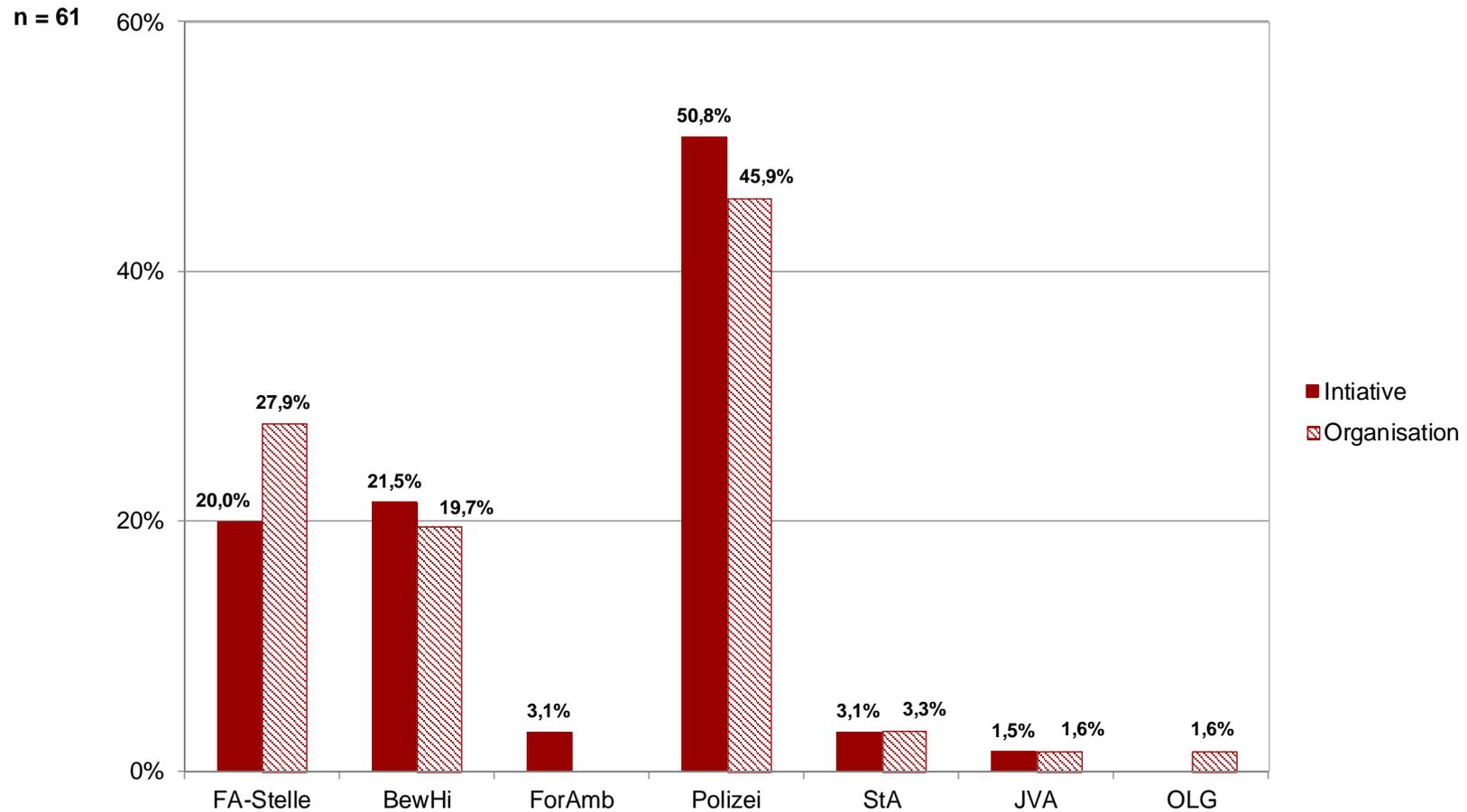
Häufigkeit der Teilnahme an Fallkonferenzen

n (FA-Stelle) = 70
n (BewHi) = 111
n (StVK) = 101





Initiative zu und Organisation von Fallkonferenzen aus Sicht der Führungsaufsichtsstellen





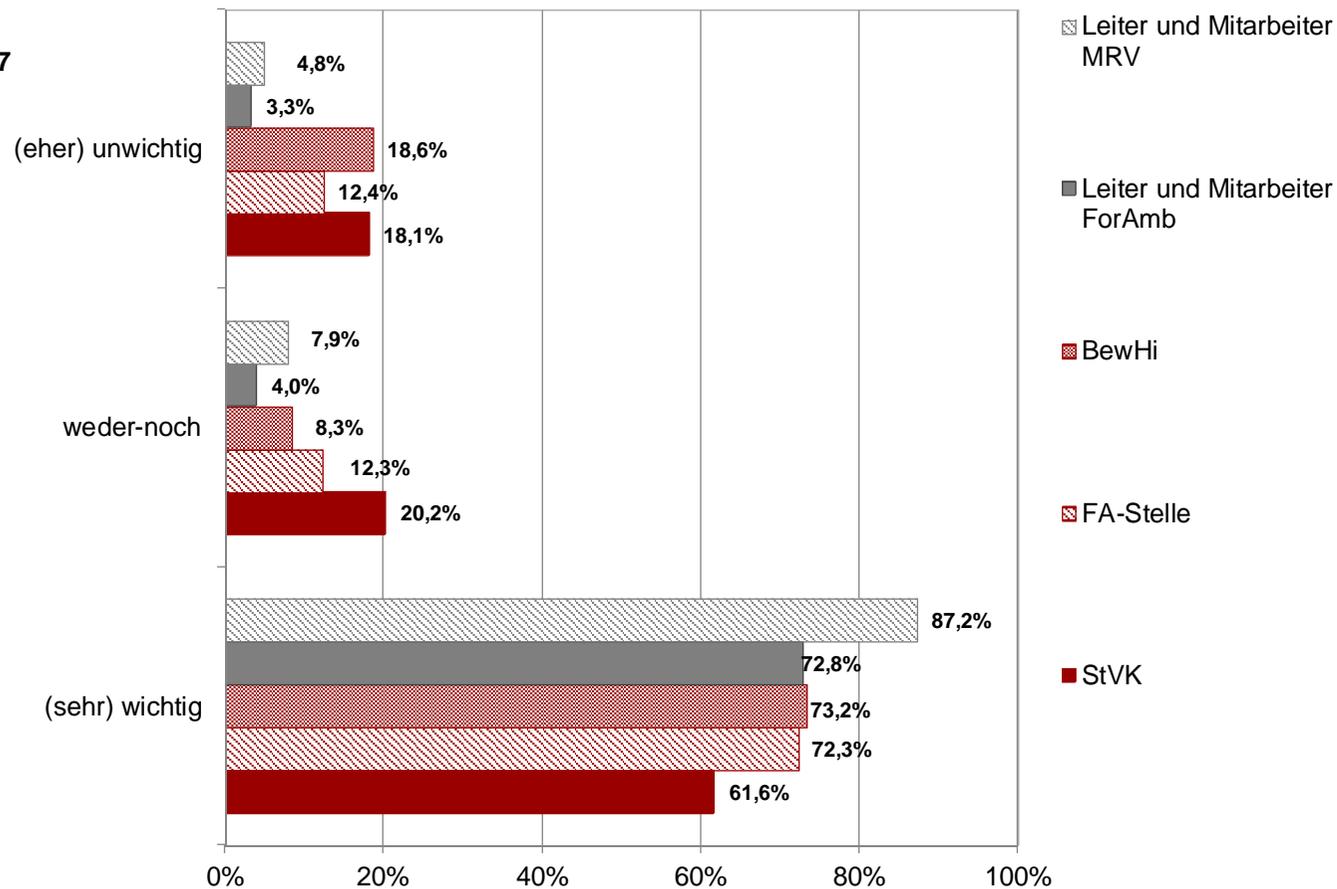
Diese Zahlen und andere Auswertungen zur Teilnahme an Fallkonferenzen legen nahe, dass es mindestens zwei Arten von Fallkonferenzen gibt:

- sicherungsorientierte Fallkonferenzen, häufig unter Federführung der Polizei, teilweise der FA-Stelle
- besserungsorientierte „Helferkonferenzen“, häufig vom stationären Maßregelvollzug initiiert und unter Beteiligung der Bewährungshilfe
- Sonderfall: EAÜ-Konferenzen



Fallkonferenzen – allgemeine Bewertung

n (StVK) = 99
n (FA) = 65
n (BewHi) = 108
n (ForAmb) = 137
n (MRV) = 63





Workshop:

- Folgeprojekt zur EAÜ
- thematisch flexibel – in Abhängigkeit von den Interessen



Kontakt:

Alexander Baur, M.A.

Universität Tübingen

Juristische Fakultät

Geschwister-Scholl-Platz

72074 Tübingen

Mail: baur@jura.uni-tuebingen.de

Web: www.jura.uni-tuebingen.de/baur